Merseburger Tageblatt

Unparteiische

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden.

Bezugspreis bei Abholung durch die Austräger vierteljährlich Mk. 18.— monatlich Mk. 6.— durch die Post bezogen Mk. 8.10 bzw. 8.10 ohne Bestellgeld, bei Abholung von der Expedition Mk. 11.70 bzw. 3.90. Einzeln unmittelbar 20 Pf. Erscheint täglich werktäglich nachmittags. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort: Merseburg. — Fernruf 100. — Geschäftsstelle: Hälterstraße 4. —

Anzeigenpreis für den 6gespaltenen Millimeter Satzhöhe 30 Pfg. — Die Aufnahme für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Bestellern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwierigerer Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklame-Millimeter Mk. 1.—. Ziffergebühr und Porto extra. Anzeigenschluß 11 Uhr vormittags, für unsorgfältige Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Für das vorhergehende Tage.

Nr. 78. Freitag, den 16. April 1920. 160. Jahrgang.

Tagesschronik

Der unabhängige Abgeordnete Braß des Landesverrates überführt.

Frankreich dementiert seine Gewaltpläne in Deutschland.

Belgische Truppen in Frankfurt.

1400 Frankfurter von den Franzosen verhaftet.

Polen plant Besetzung deutscher Landesteile.

Die Hölz-Kämpfe bei Auerbach.

Die Thüringer Aktionsausschüsse helfen Hölz.

Einmarsch der Reichswehr in Düsseldorf?

Hölz und seine Banden auf der Flucht.

Der Handstreich gegen Auerbach.

Plauen, 14. April. Nachdem Hölz die erpreßte volle Million in der Tasche hatte — der Rest von 600 000 Mark wurde von den gesinnungstüchtigen Klingenthalern aufgebracht — begab er sich, wie schon kurz gemeldet, nach Auerbach, wo er, im Gegensatz zu vielen anderen Orten des Vogtlandes wirksamen Widerstand fand. Die Schutzmannschaft stellte sich ihm mit der Ortswehr entgegen. Es entspann sich ein kurzes Gefecht, das mit einem Sieg über die Hölzsche Bande endete, die zum Teil unter Gewerfen ihrer Gewehre ausriß und mit Hölz in die Wälder entkam. Erfreulicherweise ist es gelungen, zehn der Banditen festzunehmen, darunter zwei Plauener, und auch fünf Autos zu erbeuten.

Ueber die Vorgänge in Auerbach wird weiter berichtet: In der Klingenthaler Straße wurden die Banditen von den Posten der Artillerie, die durch eine zufällig angesagte Reichswehrpatrouille Unterstützung fand, durch Gewehrfeuer aufgehalten. Jeder der festgenommenen Banditen hatte über 1000 Mark bei sich. In Auerbach wollten sie ihre Taschen weiter füllen. Kurz nach der Festnahme traf eine Kompagnie bayrischer Reichswehr ein, von den Bürgern stürmisch begrüßt. Die Truppen fuhren in der Richtung Jägersgrün weiter. Im Hohengrüner Wald entspann sich ein Gefecht, bei dem eine größere Anzahl Gefangener gemacht wurden. Bisher wurden ungefähr 100 Mann der Rotgardisten verhaftet. Das Gefecht bei Hohengrün war in der sechsten Morgenstunde noch im Gange. Ein Teil der Hölzschen Bande hatte in Klingenthal die Gewehre vernichtet und hatte aus Kleidungsgeschäften Anzüge geraubt, womit sie sich neu einkleideten. Hölz hat mit einem Genossen Roth das Weite gesucht.

Der Bericht eines Kampfteilnehmers.

Ein Mitglied der Auerbacher Bürger- und Arbeiterwehr, der an den Kämpfen gegen Hölz teilgenommen hat, berichtet u. a.: „Im Hohenarfner Wald kam es zu einem Scharmützel, wobei acht Banditen ergriffen wurden. Sodann ging es im Auto weiter bis in die Nähe von Gottesberg. Wir schwärmten im Halbkreis aus. Als dies die Roten sahen, wollte sie fliehen. Sie wurden beschossen. Einige wurden verwundet, einige wohl auch getötet. Unter den Gefangenen befand sich auch ein Frauenzimmer. Sie wurden zu Fuß nach Mantenkranz geführt, unterwegs von den Bauern mit Verwünschungen empfangen, während die Reichswehr überall als Befreier begrüßt wurde. Bis vormittags 11 Uhr waren über 50 Gefangene eingebracht, bei denen etwa 50 000 Mark vorgefunden wurden. Die Wälder werden weiter abgesucht, so daß die Gefangenenzahl ständig wächst. Die Rotgardisten haben alle reichlich Geld bei sich, zum Teil auch noch Waffen. Unter den eingebrachten Gefangenen wurden auch Russen bemerkt.

Hölz' Flucht aus Klingenthal.

Zu der Flucht von Hölz aus Klingenthal wird noch berichtet: Hölz bestieg ein Auto und wollte damit allein verschwinden. Als sein Vorhaben von seinen Leuten bemerkt wurde, drangen sie auf ihn ein und schrien ihn an: „Wenn wir nicht fahren dürfen, brauchst du auch nicht zufahren!“ Er mußte das Auto wieder verlassen. Nachher ist es ihm aber doch gelungen, ein Auto mit einigen Getreuen zu besteigen und zu verdrücken. Die Zurückgebliebenen zertrümmerten ihre Gewehre und flohen, um sich vor den Reichswehrtruppen in Sicherheit zu bringen.

*

Die Thüringer Aktionsausschüsse für Hölz.

Eine gestern in Gera stattgehabte Konferenz der Aktionsausschüsse und sozialistischen Parteien wies auf die Gefahr eines neuen Militärputsches hin und nahm mit Bezug auf die Militäraktion gegen Hölz einstimmig folgende Richtlinien an: 1. Zurückziehung der Reichswehr aus dem Vogtlande auf Verlangen der Arbeiterorganisationen. 2. Unter der Reichswehr und den Arbeitern Aufklärungsarbeit im Sinne des sozialistischen Klassenkampfes zu leisten. 3. Auflösung der Reichswehr und Bewaffnung der Arbeiterschaft unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen. 4. Die Arbeiter ganz Mitteldeutschlands aufzurufen, mit Hilfe der Betriebsräte den Generalstreik über ganz Deutschland zur Durchführung obiger Ziele zu propagieren.

* * *

Die Reichswehr im Vogtland.

Zahlreiche Hölzquellen besetzt.

Nach Mitteilung des Wehrkreiskommandos 4 hat die unter dem Befehl des Generals Senft von Pilsach stehende Reichswehr Klingenthal, Falkenstein und Plauen besetzt. Viele Kraftwagen und Waffen des Hölz wurden erbeutet. In Oelsnitz wurde ein Mann der Hölzschen Bande festgenommen, der Zahlungsanweisungen für die von Hölz in Plauen erpreßten Gelder an die Bank von Klingenthal bei sich trug. Weitere Truppen unter Führung des Obersten Bock von Wülfingen sind in Gegend Burgstädt und in Gegend südwestlich und östlich von Chemnitz eingetroffen. Das Siedlungsgebiet von Chemnitz ist nicht besetzt.

Bei den Kämpfen mit Hölzschen Banden in Rautenkranz bei Auerbach wurden 80 Mann gefangen, 2 Personen- und 4 Lastautos erbeutet. Hölz mit weiteren Teilen seiner Bande entkam anscheinend in der Richtung auf Johanngeorgenstadt. In Schönheide wurden drei Hölz-Gardisten verhaftet, die angeben, Hölz habe nach dem Gefecht bei Auerbach 500 seiner Leute mit einem Flugzettel von 500 Mark für jeden entlassen.

Der Kommunist Radler in Glauchau hat Dienstag gegen eine ihm seitens der dortigen Arbeitgeber angebotene Zahlung von 25 000 Mk. Glauchau mit 30 Mann seiner Anhänger verlassen. Ein Teil seiner roten Garde hat sich von ihm losgesagt. — In den letzten Tagen hatten Waffen- und Truppenverschiebungen von Leipzig über Hartha nach Chemnitz und von dort nach Glauchau stattgefunden. In Oelsnitz wurde beim Einmarsch der Reichswehr ein Bankbeamter festgenommen, in dessen Besitz sich 800 000 Mark befanden. Es steht noch nicht fest, ob es sich dabei um einen Teil der von Hölz in Klingenthal erpreßten Million handelt.

Die Reichswehr in Plauen.

Das in Plauen untergebrachte preußische Detachement setzt sich aus 3 Bataillonen Infanterie mit drei Maschinengewehrkompagnien, 2 Batterien Artillerie, einer Schwadron Kavallerie, einer Pionierkompagnie und einer Abteilung Brückentrain zusammen. Die öffentlichen Gebäude und alle lebenswichtigen Betriebe wurden besetzt.

Einmarsch der Reichswehr in Düsseldorf?

Düsseldorf, 14. April. Die Bildung des an Stelle des aufgelösten Zentralrats getretenen Ordnungsausschusses stößt auf Schwierigkeiten, da die drei sozialistischen Parteien den Eintritt von sich aus verweigern. Man rechnet infolgedessen mit einem Einmarsch der Reichswehrtruppen.

Russische Gelder für die deutschen Bolschewisten.

Nach einer Meldung aus Narwa wies die Räteregierung 48 Millionen Zarenrubel für bolschewistische Propaganda in Deutschland an. An Stelle Radeks wird eine andere, vorläufig noch unbekannte Persönlichkeit, die Agitation leiten.

Das „überraschte“ Frankreich.

Ein Dementi der französischen Gewaltpläne.

Wie von zuständiger Stelle in Berlin mitgeteilt wird, hat der französische Geschäftsträger in einer Besprechung im Auswärtigen Amt erklärt, daß er von den Machenschaften der Mainzer Militärpolitiker völlig überrascht worden sei. Es ist, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, bereits im Auswärtigen Amte eine Erklärung der französischen Regierung angekündigt.

Wie weiter aus parlamentarischer Quelle verlautet, wird die französische Regierung eine offizielle Mitteilung über die Mainzer Versammlung der französischen Offiziere, die sich mit der Bildung eines rheinischen Pufferstaats und mit der Zerstückelung Deutschlands befaßt hatte, in Berlin überreichen lassen.

Frankreichs Rückzug.

Von unserem Berliner Vertreter.

Das Kabinett Millerand hat nunmehr seine völlige politische Niederlage eingesehen und der englischen Regierung gegenüber widerstandslosen Rückzug antreten müssen. England ist barmherzig genug, die französische Blamage ein wenig abzuschwächen, indem es durch Bonar Law im Unterhaus eine Erklärung abgeben ließ, in der bei der bevorstehenden Konferenz in San Remo die vollständige Einigkeit zwischen Frankreich und England in Aussicht gestellt wird. Diese Einigkeit wird etwa so aussehen, daß das kleinlaut gemachte französische Kabinett sich gezwungen sieht, allen englischen Vorschlägen gegenüber Ja und Amen zu sagen. Außerdem konnte man von vornherein die Gewißheit haben, daß England die Sache nicht auf die Spitze treiben würde, einmal deswegen, weil es gar nicht nötig hat, Frankreich vor aller Welt zu demütigen, sondern es ihm vor allem darauf ankommt, praktisch das zu erreichen, was es will, ohne seinem Vorgehen eine brüske Form zu geben. Es hat eben einfach die nötige politische und diplomatische Stärke ausgespielt, Frankreich dadurch in Verlegenheiten versetzt und dann dem in völliger Hilfloßigkeit schwankenden Millerand eine Brücke gebaut, auf der er seinen Rückzug antreten kann. Andererseits aber will England verhüten, daß die europäische Entente in die Brüche geht und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil dann die Gefahr bestände, daß Frankreich Annäherung an Amerika sucht, was der englischen Politik nicht gerade sehr angenehm sein würde, zumal Amerika immer die Hoffnung hat, daß ganz Europa in seiner Notlage eines Tages sich ihm in die Arme werfen werde, um um seine Dollar-Almosen zu betteln.

Bonar Law spricht zweifellos die Wahrheit, wenn er vor dem Unterhaus erklärt, daß die englische und die französische Regierung mehr als je von der Notwendigkeit herzlicher und enger Beziehungen zu einander überzeugt seien. Besonders Frankreich wird ihm darin zustimmen, denn seine finanzielle, wirtschaftliche und politische Lage ist so kritisch, daß es ihm wahrhaftig sehr stark auf die freundschaftliche Gesinnung des englischen Bundesgenossen ankommen muß. Und England selbst hat Frankreich so nötig, daß es gerne alles tun wird, um das französische Werkzeug noch lange in seinem Besitz zu behalten. Frankreich, das immer so stolz und selbstbewußt aufzutreten pflegt, ist, abgesehen von seinen eigenbrödlerischen Seitensprüngen, schon seit 1914 nur noch ein Werkzeug für die englische Politik, die es als Brücke zum europäischen Kontinent benutzt, um von da aus die Politik des Festlandes zu beherrschen. Ein deutlicher Beweis dafür war der Ausbruch der russischen Revolution, die gegen den Willen Frankreichs von England aus unterstützt und gefördert wurde. Allerdings hat England nicht erwartet, daß die Bolschewiki die Oberhand gewinnen werden.

Der deutsch-französische Zwischenfall wegen der Ruhrfrage ist demnach geschickt von England aus der Welt geschafft worden, und zwar unter Ausnutzung der allgemeinen Rechtslage, die England aufgegriffen hat, um ein für alle Mal Frankreich darüber zu belehren, daß es ohne Zustimmung des Obersten Rates nichts mehr unternehmen darf. Nun hat aber England im Obersten Rat den entscheidenden Einfluß, weil es ihm gelungen ist, Italien vollständig den englischen Interessen gefügig zu machen. In Gemeinschaft mit Italien hat England im Obersten Rat die Majorität und die Autorität. Denn wenn Frankreich geglaubt hat, dem englisch-italienischen Bündnis eine französisch-belgische Koalition entgegensetzen zu können, so war es bei der politischen Schwäche Belgiens vollkommen im Irrtum. Frankreich kann in Gemeinschaft mit Belgien nicht daran denken, England und Italien die Stange zu halten, denn dazu ist der belgische Bundesgenosse viel zu abhängig von England. Hinzu kommt noch, daß Frankreich sich in der ganzen Welt äußerst unbeliebt gemacht hat. Amerika wird stets geneigt sein, Frankreich in den Arm zu fallen, weil es während der vergangenen Monate gemerkt hat, daß es politisch vollständig unfähig geleitet wird. Im Zusammenhang hiermit ist es interessant, darauf hinzuweisen, wie England die politische Einsicht der Franzosen ausgenutzt hat, um einen Mißton in das amerikanisch-französische Verhältnis hineinzubringen. Bekanntlich hatte England der knapp einem Jahre mit der französischen Regierung um Persien und Syrien gekuhhandelt. Amerika war dagegen empört, weil es nicht zu Rate gezogen wurde. Nun hat aber England die Mißstimmung Amerikas dadurch gegen Frankreich gewendet, daß es durch geschickte politische Manöver in Amerika den Eindruck erweckt hat, daß Frankreich es gewesen wäre, das sich der Herrschaft in Syrien bemächtigen wollte, indem es England in Bezug auf Persien Konzessionen gemacht und sich damit des englischen Einverständnisses zu versichern gesucht hätte. Die herausfordernde Haltung Clemenceaus hat dann noch ihr Übriges getan und in Amerika den Eindruck aufkom-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200416-14/fragment/page=0001

men lassen, daß Frankreich vom annexionistischen Wahnsinn befallen ist. Auf diese Weise hat England geschickt den Amerikanern die Ansicht beigebracht, daß die französische Verfahrenheit unter allen Umständen etwas eingedämmt werden muß. Die französische Politik hat einen derart gewaltsamen Charakter angenommen, daß die ganze Welt mit einem Gefühl des Unbehagens auf die Pariser Tyrannen sah und gern Veranlassung nahm, gelegentlich der letzten französischen Frechheiten dem Herrn Millerand grün'ich Bescheid zu geben. Die Presse der ganzen Welt hat in den letzten Wochen eine äußerst franzosenfeindliche Haltung eingenommen, so daß man in Paris plötzlich die Erfahrung macht, daß der Haß der ganzen Welt sich von Deutschland abgewendet und auf Frankreich geladen hat. Da ist es denn für die verzweifelten Franzosen eine Wohltat, wenn Herr Bonar Law jetzt Veranlassung nimmt, Frankreich vor aller Welt in Schutz zu nehmen. Die Füchse in London wissen ganz genau, daß sie damit Frankreich zur Dankbarkeit verpflichten, denn sie brauchen es ja, um ihre großen weltpolitischen Projekte in San Remo auf der Konferenz durchsetzen zu können.

Der Abmarsch der Franzosen.

Aus dem Auswärtigen Amt erfährt unser Berliner Vertreter: Nach den zwischen der englischen und französischen Regierung getroffenen Vereinbarungen soll die Räumung des Mainganes durch die französischen Truppen erfolgen, sobald der Oberste Rat die Frage der Belassung deutscher Truppen in der neutralen Zone im Ruhrgebiet geregelt und diese Regelung seitens der deutschen Regierung durch eine entsprechende Verminderung der Truppenstärke im Ruhrrevier vollzogen ist. Das wird voraussichtlich in etwa 10 Tagen der Fall sein. Die Reichsregierung glaubt die militärische Aktion im Ruhrgebiet bis dahin soweit erledigt zu haben, daß die Voraussetzungen für einen teilweisen Rückzug der Truppen aus dem Ruhrrevier gegeben sind.

Belgische Truppen in Frankfurt.

Das angekündigte belgische Truppen-Detachement ist nun doch in Frankfurt eingetroffen. Die gesamte französische Garnison bildete Spalier und General Degoutte, in dessen Stab sich auch englische und amerikanische Offiziere befanden, wohnte vom Balkon des Opernhauses aus dem Vorbeimarsch der gesamten Truppen bei.

1400 Frankfurter Bürger verhaftet.

Dem „Berl. Lok.-Anz." wird aus Amsterdam gemeldet, daß bis jetzt von der französischen Besatzung über 1400 Frankfurter Bürger verhaftet und nach dem linksrheinischen Gebiet abtransportiert wurden.

Generalstreik in Eupen und Monschau.

In Eupen und Monschau ist am Mittwoch früh der Generalstreik ausgebrochen, in Eupen zur Erreichung der Ansprüche der Bevölkerung gegenüber den belgischen Behörden, in Monschau als Einspruch gegen die Abtretung der Monschauer Bahn an die Belgier. Dem Generalstreik haben sich alle Berufsstände mit Ausnahme der Lokomotivführer angeschlossen.

* * *

Die Auslieferung der letzten Handelsschiffe.

Ein letzter deutscher Protest.

Die deutsche Schiffahrtsdelegation ist von der Separationskommission benachrichtigt worden, daß nicht genügend Gründe vorgebracht worden seien, um eine Abänderung der Bedingungen der Auslieferung der deutschen Handelsflotte der von der deutschen Delegation geforderten Art zu rechtfertigen. Die Ueberfragung der fraglichen Schiffsraumes sei unverzüglich in Angriff zu nehmen.

In einer nach Paris gerichtete neuen Note der deutschen Regierung werden nun nochmals die Unerfüllbarkeit der Vertragsbedingungen und die vernichtenden Wirkungen unterstrichen, die die Herausgabe unserer letzten Schiffe — es sollen alle Schiffe über 1600 To. und 50 v. H. der Schiffe zwischen 1000 und 1600 To. ausgeliefert werden, so daß nur Schiffe von weniger als 1000 To. übrig bleiben würden — für die gesamte deutsche Volkswirtschaft haben müßte.

72 deutsche Kriegsschiffe in England.

London, 14. April. In den nächsten zwei Wochen sollen an der schottischen Küste insgesamt 72 deutsche Kriegsfahrzeuge zur Ablieferung an England gelangen. Sie werden voraussichtlich abmontiert. Auf alle Fälle wird kein deutsches Kriegsschiff der englischen Kampfflotte eingereiht werden.

Die Wiedergutmachungslisten Deutschlands.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, hat die deutsche Regierung der Wiedergutmachungskommission einen genauen Bericht über die Möglichkeiten der Erfüllung der Wiedergutmachungsbedingungen erstattet und darauf hingewiesen, daß eine entsprechende loyale Haltung der alliierten Regierungen es Deutschland erleichtern würde, seinen Verpflichtungen auf die Dauer nachzukommen. Die von den Alliierten im allgemeinen geäußerten Auffassungen haben eine gewisse Annäherung an den deutschen Standpunkt ergeben, sodaß bei den künftigen Verhandlungen mit einer gewissen Revision des Versailler Programms unbedingt gerechnet werden darf (?).

* * *

Polen droht mit Besatzungsmaßnahmen.

Genf, 14. April. Einer hier eingegangenen Meldung zufolge hat die polnische Regierung dem Rat der Alliierten mitgeteilt, daß sie demnächst gegen Deutschland mit Besatzungsmaßnahmen vorgehen würde, wenn Deutschland seine Verpflichtungen, die es gegenüber Polen übernommen hat, nicht erfüllt.

Entspannung im Konflikt mit Bayern.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, ist nunmehr in dem Konflikt der bayerischen Regierung mit dem Reiche eine wesentliche Entspannung eingetreten. Die Reichsregierung hat in allen Punkten nachgegeben. Mithin dürfte auch die Oppositionsstellung des bayerischen Kabinetts gegen die Reichsregierung vorläufig aufgegeben werden.

Der Heim für die Reichseinheit.

Im bayerischen Landtag teilte der Vertreter der bayer. Volkspartei Stamp mit, als in den kritischen Märztagen die Meinung vertreten wurde, daß unter allen Umständen die Franzosen einen Keil zwischen Nord und Süd treiben wollen, habe Dr. Heim als Gast in der Fraktion erklärt:

„Wenn das die Franzosen versuchen, werde ich begeisterter Nationalist; dann bin ich der erste, der dafür wirkt, daß die Reichseinheit von den Franzosen nicht angetastet werden kann."

Auch Württemberg gegen Auflösung der Einwohnerwehren.

Stuttgart, 14. April. Die württembergische Regierung sieht, was die Frage der Auflösung der Einwohnerwehren anbelangt, nach wie vor auf dem Standpunkt, daß diese unbedingt die Zerstörung der staatlichen Ordnung zur Folge haben werde und deshalb unmöglich sei.

Die gelockerte Regierungskoalition.

Aus parlamentarischen Kreisen erfährt unser Berliner Vertreter:

Die letzte Rede des Zentrumsabgeordneten Trimborn in der Nationalversammlung, die scharfe Angriffe gegen die Sozialdemokratie enthielt, war der Ausfluß der Wahlagitation der Zentrumspartei, die sich genötigt sieht, als bürgerliche Partei von der nach links umschwenkenden Sozialdemokratie abzurücken. In Zentrumskreisen war man sich von vornherein darüber klar, daß die Beteiligung an der Regierung mehr dem Drange der Notwendigkeit entsprach als der Zuneigung zur Sozialdemokratie, deren politisches Programm hauptsächlich in den Kultusfragen mit den Zielen des Zentrums unvereinbar ist. Die Zentrumspartei wünscht für die Zukunft, daß es ihr erspart bleiben werde, mit den Sozialdemokraten weiter in einer Regierung zu arbeiten. (?). Außerdem beabsichtigen die Sozialdemokraten auch durch ein Wahlbündnis mit den Unabhängigen eine sozialistische Mehrheit bei den Wahlen und somit eine sozialistische Regierung anzustreben, was einen scharfen Trennungsstrich zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gezogen hat. Das Zentrum ist bereit, die Front der bürgerlichen Parteien bei dem Wahlkampf zu verstärken und sucht aus diesem Grunde Anschluß an die Demokraten und an die deutsche Volkspartei. Die Demokraten, die sich auch von der Regierungskoalition loszulockern beginnen, (!) sehen sich vorläufig noch nicht imstande, den Zentrumsplänen große Sympathien entgegenzubringen, aber schließlich würden sie sich doch mit dem Gedanken vertraut machen, mit dem Zentrum und der deutschen Volkspartei zusammen zu gehen (!). Damit ist die jetzt bestehende Regierungskoalition völlig ins Schwanken geraten, sodaß man in parlamentarischen Kreisen kaum mit der Möglichkeit rechnet, daß sie die Neuwahlen zum Reichstage überdauern wird.

Man wird gut tun, den süßen Worten der Zentrumspolitiker, denen man bereits bei den vorigen Wahlen auf den Leim gegangen war, gründlich zu mißtrauen.

Die Gefahren von links.

Aus Regierungskreisen erfährt unser Berliner Vertreter, daß die in der Rede des Reichskanzlers Müller gefallenen Bemerkungen über die angeblich nicht bestehenden Gefahren einer bolschewistischen Revolution in Deutschland ganz allgemein die Auffassung der Reichsregierung darstellen. Obwohl nicht geleugnet werden könne, daß die radikalen Kommunisten tatsächlich auf den Augenblick warten, zu einer groß angelegten Offensive loszuschlagen, zeigen aber die tatsächlichen Vorgänge in der Arbeiterbewegung, daß die Bestrebungen der Linksradikalen nur äußerst wenig Anklang finden. Besonders der gänzliche Mißerfolg im Ruhrrevier und das kompromittierende Auftreten der Anarchisten Hölz haben das Gros der Arbeiterschaft davon überzeugt, daß in Deutschland tatsächlich kein Boden für eine bolschewistische Revolution ist. Außerdem müsse man berücksichtigen, daß die ausschlaggebenden Parteien der Radikalen, die Unabhängigen und das Gros der gemäßigten Kommunisten einsehen gelernt haben, daß alle Putschversuche überseits von vornherein von Mißerfolgen gekrönt sein würden. Alle diese Tatsachen, die schließlich noch eine besondere Beleuchtung durch die beabsichtigte Wahlbeteiligung der Kommunisten erfahren haben, geben der Regierung die Veranlassung, zunächst keine Vorsätzigen Maßnahmen gegen die radikale Arbeiterbewegung zu ergreifen, da diese nur geeignet seien, unnötige Erregung zu schaffen (!!).

Gespenster-Furcht der Regierung.

Nach Mitteilung von amtlicher Stelle sieht die Regierung die Gefahr eines Putsches in Pommern als keineswegs behoben an. Die Nachforschungen nach General von Lüttwitz und Major Bischoff hätten bisher zu keinem Ergebnis geführt. Gegen Major Bischoff ist ein Schutzhaftbefehl ergangen, weil seine Tätigkeit mit der Sicherheit des Reiches unvereinbar erscheine. Nach Ansicht des Reichswehrministeriums befindet sich Bischoff nicht in Pommern. Im übrigen widmet die Reichsleitung, so wird erklärt, den Vorgängen in Pommern nach wie vor die größte Aufmerksamkeit. In Berlin ist in diesem Zusammenhang ein Fürsorgebüro für die Eiserne Division festgestellt und seine Akten sind beschlagnahmt worden. Die Akten mußten wieder freigegeben werden, da irgend etwas Belastendes darin nicht zu finden war. Gegen den Geschäftsführer des Büros, Leutnant v. Borries, schwebt eine Untersuchung.

Reinigung in der Sozialdemokratie.

Wie unser Berliner Vertreter hört, wollen die Mehrheitssozialisten unter ihren kompromittierten Führern eine gründliche Reinigung veranstalten. Bei den kommenden Wahlen sollen außer dem früheren preußischen Minister Heine folgende Abgeordnete nicht mehr als Kandidaten aufgestellt werden: Ebert, Eugen Ernst, Bauer, Noske, Hirsch, Gustav Bauer und mehrere bayrische Führer der Sozialdemokratie. Bei der Aufstellung der Kandidaten soll den Gewerkschaften weitest gehender Einfluß eingeräumt werden.

Der Streik der Eisenbahner in New York

Washington, 15. April. (Eig. Drahtber.) Jeder Verkehr in Newyork ist durch den Eisenbahnerstreik völlig lahmgelegt. Die Stadt hat zwar noch Lebensmittel, aber die Preise steigen stark. Um dem Eisenbahnerstreik in Amerika wirksam zu begegnen, wird die Regierung der Vereinigten Staaten 45 000 Lastautomobile, 700 000 Lastwagen und eine Anzahl Privatautos mobilisieren. In den Zentren des Westens hat die Streikbewegung etwas nachgelassen, dagegen werden längs des Atlantischen Ozeans neue Arbeiter eingestellt die den Güterverkehr lähmen. Dem Streik liegen nicht nur materielle Ursachen zu Grunde, sondern auch politische. Die Eisenbahnerverbände machen den Präsidenten Wilson für den Streik verantwortlich, weil er die Gründung eines Arbeiterrates zuließ, das die Operationen der Uebergabe der Eisenbahnen an die Gesellschaften durchzuführen hat.

Rußland und der Frieden.

Kopenhagen, 15. April. (Eig. Drahtber.) Der russische Abgeordnete Litwinow versucht in London weiter zu verhandeln. Doch ist fraglich, ob es ihm möglich sein wird. Die Sowjetregierung läßt jetzt erkennen, daß sie fester denn je im Sattel sitzt. Die Zeitungen melden, daß Litwinow erklärt habe, die Räte-Regierung könne sich nicht mehr an das Versprechen halten, die alten Staatsschulden Rußlands zu bezahlen. Dieses Versprechen sei hinfällig, da die Westmächte den Krieg fortgesetzt und dadurch die Schulden Sowjet-Rußlands ungeheuer vergrößert haben.

Aus Stadt und Umgebung

Eröffnung der Kraftwagenverbindung Merseburg-Leipzig.

* Die Sächsische Staatsbahn eröffnet den Betrieb der staatlichen Kraftwagenlinie Leipzig Hauptbahnhof — Merseburg Bahnhof am Freitag, den 16. April d. J. in beiden Richtungen. Die Wagen verkehren täglich von Hauptbahnhof Leipzig Sächs. Seite früh 7.00 Uhr, mittags 12.30, abends 6.00 und 10.30 Uhr nach Merseburg und von Merseburg nach Leipzig 7.00 Uhr vorm. und 12.30 Uhr mittags, 5.00 und 8.00 Uhr nachm.

Der Fahrpreis beträgt 30 Pfg. für 1 Kilometer, mithin für die Strecke Leipzig—Merseburg 8,80 Mk. Alles weitere ist aus den Fahrplänen, Preistafeln und allgemeinen Bestimmungen ersichtlich.

Berufs-Jubiläum.

* Am 18. April feiert der Buchdruckerei-Besitzer Carl W. Bühligen, Leipzig-L., Lützner Str. 2a (geb. in Meuchen bei Lützen), sein 50jähriges Berufsjubiläum. Möge es dem rüstigen Jubilar, welcher mehrmals prämiiert wurde, noch recht viele Jahre beschieden sein sich der edlen Buchdruckerkunst zu widmen.

Vorträge über Erziehung in den Bildungsabenden.

* Wir verweisen nochmals darauf, daß am nächsten Montag, den 19. April, abends 8 Uhr im Schloßgartensalon eine Reihe von Vorträgen über die Entwicklung, Pflege und Erziehung des Kindes beginnt, die Oberlehrer Hemprich halten wird. Eltern, Pfleger, Lehrer der Kinder, Jugendvereinler und alle, die sich für das so wichtige Gebiet der Pädagogik interessieren, sind zu diesen Vorträgen herzlich eingeladen.

Der Sternhimmel im April.

* Der vierte Kalenderabschnitt verdient in diesem Jahre seine Bezeichnung als „Ostermonat", da der Ostersonntag diesmal auf den 4. April fiel. Es wäre zu wünschen, daß der nach veralteten Bestimmungen bewegliche Termin des Osterfestes nun endlich wie es die Wissenschaft vorgeschlagen hat, auf ein bestimmtes Datum (erster Aprilsonntag) festgelegt würde. In diesem Monat vermag die Sonne schon etwa 14 Stunden am Tage ihre Licht- und Wärmestrahlen zum Segen der Menschen und der Natur über unseren Horizont zu senden.

Der Mond weist im April die folgenden Lichtgestalten auf: am 3. vormittags Vollmond, am 11. nachmittags letztes Viertel, am 18. abends Neumond, am 25. nachmittags erstes Viertel. In Erdferne steht unser Trabant am 9. April morgens und in Erdnähe am 20. in der Nacht.

Von den großen Planeten, soweit sie mit unbewaffnetem Auge sichtbar sind, stehen die beiden sonnennahen. Merkur und Venus, allzu dicht bei dem Tagesgestirn, um bequem beobachtet werden zu können. Dagegen leuchtet jetzt der rotschimmernde Nachbarplanet Mars die ganze Nacht, da er um die Monatsmitte bald nach 7 Uhr abends aufgeht und erst um 5½ Uhr morgens im Westen verschwindet. Durch Süden geht dieser beim Sternbilde der „Jungfrau" stehends Kanalplanet zu Monatsanfang gegen 1½ Uhr morgens, zur Monatsmitte bald nach Mitternacht und am Monatsende gegen 11 Uhr abends. Der größte aller Wandelsterne, Jupiter, der auch am heellsten jetzt am Firmamente strahlt, ist gleichfalls noch immer bis gegen Morgen sichtbar, er kulminiert Anfang April um 8 Uhr abends, zur Monatsmitte um 7 Uhr und Ende des Monats bald nach 6 Uhr. Der Ringplanet Saturn endlich in der Konstellation des „Löwen", steht östlich vom Jupiter und leuchtet gleichfalls die ganze Nacht am Himmel, wo er Anfang des Monats um 10 Uhr abends Mitte April um 9 Uhr und am Monatsende um 8 Uhr kulminiert (durch Süden hindurch geht). So können jetzt diese drei großen Planeten als wertvolle Orientierungsmarken für alle Fortbewegungen auf der Erde benutzt werden.

Scharfe Bestimmungen im Eisenbahn-Personenverkehr.

* Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat angeordnet, „Bei Uebergang in eine höhere Wagenklasse oder in einen höher tarifierten Zug wurde bisher von der Einhebung des doppelten Fahrpreises abgesehen, wenn der Reisende vor der Fahrkartenprüfung sich bei dem zuständigen Beamten (Zugführer oder Schaffner) meldete, daß er nicht im Besitze der gültigen Fahrkarte sei. Diese Bestimmung hat zu erheblichen Schwierigkeiten geführt und sich unter den jetzigen Betriebs- und Verkehrsverhältnissen nicht mehr als durchführbar und anwendbar erwiesen. Sie wird daher außer Kraft gesetzt. Bis auf weiteres werden die Bestimmungen der Eisenbahnverkehrsordnung ausnahmslos in Anwendung gebracht. Nach diesen sind Reisende, die ohne vorherige Meldung und ohne bestimmte Anweisung der zuständigen Beamten (Zugführer oder Schaffner) in einer höheren Wagenklasse Platz nehmen oder in einem Zug mit höheren Fahrpreisen einsteigen, als solche ohne gültige Fahrkarte zu behandeln und haben den doppelten Fahrpreis, mindestens 6 M. zu entrichten. Die in den Händen der Reisenden befindlichen Fahrkarten bleiben bei dieser Berechnung außer Betracht und werden als ungültig angesehen. Falls sich Reisende diesen Anordnungen widersetzen, wird nötigenfalls von dem Rechte der Fahrausschließung Gebrauch gemacht.

Nutzlose Reisen

können sich alle Personen sparen, die von auswärts nach Magdeburg fahren, um beim dortigen Versorgungsamt, Zivilversorgungs- und Fürsorgeabteilung Unterstützung zu beantragen oder sich nach dem Stand ihres Rentenverfahrens zu erkundigen, während sie an ihrem Wohnort genau die gleiche Auskunft erhalten können. Die örtlichen Versorgungsstellen haben darum die Rentenempfänger u. a. bei geeigneten Anlässen darauf aufmerksam zu machen, daß persönliche Nachfragen bei den vorgesetzten Behörden keinerlei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200416-14/fragment/page=0002

Zweck haben, sondern an Ort und Stelle anzubringen sind. Werden trotzdem Reisen unternommen, so geschieht das auf eigene Gefahr ohne irgend welche Entschädigungsansprüche.

Verbot der Schülerbeteiligung an militärischen Organisationen.

* Ein soeben ausgegebener Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ordnet an: Die Direktoren der höheren Lehranstalten für die männliche Jugend sind anzuweisen, den Schülern den Beitritt zur militärischen Organisation (Zeitfreiwilligen-Regimenter, Einwohner- und Ortswehren usw.) zu untersagen. Diejenigen Schüler, die bereits derartigen Formationen angehören, haben unverzüglich ihren Austritt zu erklären.

Das Ende einer Vergnügungsreise.

† In Schutzhaft genommen wurde in Quedlinburg ein junges Mädchen aus Merseburg, das mit zwei Liebhabern eine Reise nach dem Harz unternommen hatte und von den beiden Verführern hier mittel- und obdachlos sitzen gelassen wurde.

Erfreuliche Kunde für Spargelfreunde.

* Die feuchte und zum Teil schon recht warme Witterung hat eine reiche Spargelernte hervorgerufen, was ein großes Angebot von Spargel im Gefolge hat. So wurde von den Werderschen Spargelbauern in den letzten Tagen in Potsdam guter Spargel mit 2 Mk. für das Pfund angeboten.

Erweiterung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit.

* Von der Nationalversammlung wurde in der Sitzung vom 30. v. M. ein Gesetz angenommen, das die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten von 600 Mk. auf 1200 Mk. erhöht. Das Gesetz tritt bereits am heutigen 15. April in Kraft.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Schwerer Einbruch.

** Mücheln, 14. April. Ein schwerer Einbruch wurde im Anwesen der Grube Elise II bei Mücheln verübt. In deren Abraumbetrieb wurden die für die Arbeiterschaft beschafften Kleidungsstücke, Stiefeln, Strümpfe, Unterhosen, sowie Speck und Seife gestohlen. Auf die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

Die Waffenablieferung.

** Halle, 15. April. Bei der hallschen Erfassungsstelle, die im Anschluß an die Kämpfe im März hier in Halle eingerichtet wurde, sind im Laufe der Wochen ganz beträchtliche Mengen von Waffen abgeliefert worden. Bisher umfaßt die Ablieferung 2026 Militärgewehre, 54 leichte und 15 schwere Maschinengewehre.

Verworfene Revision.

** Halle, 15. April. Der Arbeiter Wilhelm Bartholomäus, der ursprünglich wegen Mordversuchs an dem Oberstleutnant v. Oliver angeklagt war, dann aber nur wegen Landfriedensbruch zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hatte gegen das Urteil Revision eingelegt. Das Reichsgericht verwarf die Revision.

Ein unabhängiger Landrat.

** Halle, 14. April. In der Kreistagssitzung wurde der Amtsvorsteher Driebusch-Schönnewitz (Unabh.) mit 24 von 36 Stimmen der Regierung als Landrat des Saalkreises vorgeschlagen. Der kommissarische Landrat Thiele (Mehrheitssoz.) erhielt 12 Stimmen.

Die Aufruhrschäden. — Folgenschwere Einbrecherjagd.

** Halle, 14. April. Die Ausschüsse zur Abschätzung der Aufruhrschäden haben noch nicht annähernd die Arbeit beendet. Wenn man jedoch hört, daß sich die Schäden im „Rosengarten" allein auf 360 000 Mk. belaufen, daß der Verlust der Zentralgenossenschaft durch Beschädigungen der Speicheranlagen am Sophienhafen und durch Diebstähle an Schuhen, Decken, Pelzen und Anzügen mindestens 500 000 Mk. beträgt, kann man sich ungefähr ein Bild von der Endsumme machen. — Nachts wurden in einem Grundstück in der Weschelder Straße Einbrecher bemerkt. Bei ihrer Verfolgung durch Hausbewohner wurde ein Offizier von einem Einbrecher durch Bauchschuß schwer verletzt. Einer der Täter wurde festgenommen.

Verhafteter Straßenräuber.

** Querfurt, 15. April. Wegen Straßenraubes ist der Handlungsgehilfe Walter Caulwell von hier bisher gesucht worden. Der Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, ihn in Stuttgart zu verhaften. —

Verhafteter Plünderer.

** Schkeuditz, 14. April. In den Unruhetagen des März war auch die Wohnung des Lehrers in Canena geplündert worden und verschiedene Sachen, darunter Kleidungsstücke und Lebensmittel, gestohlen worden. Als Täter ist von der Staatsanwaltschaft in Halle der Schlosser Peter Janssen in Schkeuditz ermittelt und in Untersuchungshaft abgeführt worden. Er soll auch seine eigenen Kollegen betrogen haben.

3000 Mark Belohnung.

** Glesien, 14. April. Für die Ermittlung der Mörder des Försters Pawlowski sind vom Regierungspräsidenten 2000 Mark Belohnung ausgesetzt worden. Dadurch erhöht sich die ausgesetzte Belohnung auf 3000 Mark.

Aus Provinz und R...

Ausgepflügte Maschinengewehre.

† Langensalza, 12. April. In der Nähe der Kläranlage wurden drei schwere Maschinengewehre, die dort vergraben waren, beim Pflügen ans Tageslicht befördert und der Militärbehörde übergeben. Während ein Maschinengewehr noch gebrauchsfähig war, befanden sich die anderen beiden in einem Zustande, der eine Verwendung unmöglich machte.

Ausbruch von fünf Schwerverbrechern.

† Quedlinburg, 15. April. Fünf schwere spartakistische Verbrecher, die auch an dem letzten Putschversuche beteiligt waren, überfielen während der Kaffeeausgabe im hiesigen Gerichtsgefängnis den Oberaufseher, raubten ihm die Schlüssel und ergriffen die Flucht. Das ist jetzt innerhalb ganz kurzer Zeit der vierte gelungene Ausbruch aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis.

dW Inlfzöldesqsten Je-FristOe ,WeWsT ai

Großer Geldiebstahl bei der Berliner Post.

† Berlin, 15. April. In den Tagen des Generalstreiks waren auf den hiesigen Postämtern die Wertstücke liegen geblieben. In ihm befanden sich sechs kleine Geldbeutel mit zusammen 400000 Mark. Der große Beutel lagerte in einem verschlossenen Gefäß, dessen Tür eines Morgens geöffnet vorgefunden wurde. Der Täter ist noch nicht ermittelt. Abhänden gekommen sind Schecks, Wechsel, Debotscheine, Reichsanleihestücke und zum Teil auch bares Geld, zumeist in ausländischer Währung. Die Wertpapiere wurden sofort gesperrt.

Jugendliche Posträuber.

† Jena, 12. April. Mit kaum glaublicher Dreistigkeit haben sich zwei Schulknaben in den Besitz von Postpaketen gesetzt. Sie verlangten die Postsachen von ihnen bekannten Schließfachinhabern, zerrissen die Briefe und benutzten die Paketkarten zur Empfangnahme der Pakete. Die Pakete wurden in der elterlichen Wohnung geöffnet und ihres Inhalts beraubt. Von den beiden unverdächtigen Tauge-nichtsen, mit denen sich die Polizei schon wiederholt zu befassen hatte, steht nur einer im strafmündigen Alter.

Diebe auf dem Kirchturm.

† Burg, 12. April. Hier erstiegen Diebe mit Steigeisen im Innern der Oberkirche die Türme und stahlen von der Wetterfahne die goldene Spitzenverzierung, sowie die Blechspitzen des Blitzableiters. Auch die große Turmkugel, in der sie alte Münzen vermuteten, öffneten sie. Die Metallbeute beträgt nach heutigem Wert etwa 90 000 M.

Ein Polterabendscherz und seine Folgen.

† Duderstadt, 15. April. In Böseckendorf schossen Burschen aus Anlaß eines Polterabends Leuchtraketen ab. Das Gehöft des Landwirts Eduard Zwingmann geriet in Brand und wurde mit sämtlichen Vorräten und allem Inventar eingeäschert.

Ein sonderbarer Steuerzettel.

† Plauen, 15. April. Am Dienstag ging den Plauener Industriellen und größeren Geschäftsinhabern folgendes Schreiben zu: „Auf die bekannten Hölzschen Forderungen hin sind von einzelnen Planener Bürgern bereits 400 000 Mark bar gezahlt worden. Hierzu werden noch weitere wöchentliche 100 000 Mk. gefordert. Es ist jetzt verlangt worden, daß die Zahlungen von allen Bestbenden in Plauen und besonders von denen getragen werden sollen, die ohne erhebliche Mühe größere Einkünfte gehabt haben und haben. Im Zusammenhang damit ist von interessierten Kreisen bei der Stadtverwaltung vorbehaltlich der Rückforderung vom Staate eine Umlage nach von ihnen aufgestellten Grundsätzen beantragt worden. Nach diesen der Billigkeit entsprechenden Grundsätzen und der Kenntnis des Stadtsteueramtes entfällt jetzt auf Sie ein Betrag von .... Mk. Sie werden bei der entstandenen Lage ersucht, diesen Betrag bis morgen nachmittag vier Uhr an das Stadtsteueramt, Kassenstelle 8, abzuführen. Hochachtungsvoll! F. A. Schmidt, Stadtrat." Auf der sinken Seite befindet sich das Briefsiegel der Stadt. Auffallend an diesem sonderbaren Steuerzettel ist nicht nur der Inhalt und die ausführliche Begründung, sondern auch die wohl bisher einzigartige Höflichkeit bei der Zahlungsaufforderung.

Wettervoraussage

Freitag den 16. April. Zeitweise wolkig, wärmer Gewitterneigung.

Letzte Depeschen

Protest der Seeschiffahrt.

Bremen, 15. April. Der deutsche Seeschiffahrtstag nahm einstimmig einen scharfen Protest gegen die Auslieferung des Restes der deutschen Handelsflotte an. Der Mindestbedarf für die überseeische Rohstoff-Einfuhr sei ein eigener Schiffsraum von 700 000 Tonnen. Was zugestanden, reiche auch nicht im entferntesten für die Küstenschiffahrt aus. Das Brotkosswerden von abermals Tausenden von Seeleuten beschwöre die Gefahr des Wiedererstarkens des Bolschewismus an der deutschen Wasserkante herauf. Die deutsche Regierung müsse alles daransetzen, daß uns der Rest der Handelsflotte erhalten bleibt.

Sturmzeichen im Ruhrgebiet.

Essen, 15. April. In der Nähe von Barmen haben sich zahlreiche Banden von Rotgardisten, wie z. B. bei Altendorf a. d. Ruhr, festgesetzt, die noch immer die Landbevölkerung brandschatzen. Man spricht offen davon, daß etwa in drei Wochen ein neuer Putsch zu erwarten ist. Durch Flugzettel und in geheimen Versammlungen wird die Parole ausgegeben, daß sich jeder bereit halten solle, um im gegebenen Moment Waffen zu empfangen. Aus Hamborn wird gemeldet, daß sich dort ein Aktionsausschuß gebildet hat und daß man die Arbeiter in Kompagnien einteilt. Aus im Mülheimer Rathaus gefundenen Mitgliederverzeichnissen der Roten Armee geht auch hervor, daß zahlreiche Ausländer Führerstellen in der Roten Armee bekleidet haben.

Ein Schaden von 13 Millionen.

Duisburg, 15. April. Die Anmeldungen von Tumultschäden bei der Stadtverwaltung erreichen zurzeit dreizehn Millionen Mark.

Der Rückgang der Kohlenförderung.

Essen, 15. April. Ueber die Lage im Ruhrbergbau wurde in der heutigen Gewerkenversammlung der Zeche König Ludwig in Recklinghausen vom Vorsitzenden ausgeführt: Im vergangenen Jahr sei auf der Zeche durch die verschiedenen Streiks ein Förderausfall von 100 000 Tonnen entstanden und durch die Verkürzung der Arbeitszeit ein weiterer von rund 300 000 Tonnen, so daß also ein Gesamtförderausfall von 400000 Tonnen entstand. Innerhalb des Kohlensyndikates habe sich der Förderausfall im Jahre 1919 auf 48 Millionen Tonnen oder 38 Prozent gegen die letzte Friedensförderung belaufen. Die Kohlenförderung für die Zukunft müßte mit großer Sorge betrachtet werden. Die ruhige Entwicklung sei durch den Generalstreik und die anschließenden Ereignisse wieder unterbrochen worden.

Verbilligung der Lebensmittel?

Berlin, 15. April. W. T. B. meldet: Nachdem im Haushaltsjahre 1919/20 7¾ Milliarden Mark für Verbilligung eingeführter Lebensmittel aufgewandt sind, wird demnächst ein Notetat mehrere weitere Milliarden hierfür fordern. Daneben ist die angekündigte Vorderteuerung unvermeidlich, beispielsweise für Berlin auf 3,85 Mark für das Wochenbrot.

„Neuer Kurs" im Finanzministerium.

Berlin, 15. April. Im preußischen Finanzministerium herrschen — wie der Lok.Anz. von zuständiger Stelle vernimmt — gewisse Unstimmigkeiten zwischen einem Teil des führenden Beamtenstandes und dem neuen Finanzminister Lüdemann. Man geht nicht fehl, wenn man für die nächste Zeit mit der Neubesetzung einiger Dienststellen rechnet.

Die Deutschnationale Volkspartei gegen Putschabsichten.

Berlin, 15. April. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei verwahrt gegenüber den äußersten Putschbestrebungen erneut auf den verfassungsmäßigen Standpunkt der Partei, die jede verfassungswidrige Handlung unbedingt verurteilt. Neue Umsturzversuche würden unabsehbares Unheil über Deutschland bringen. Die Parteileitung erwartet von ihren Parteirevunden im Lande, daß sie, wo immer sie von solchen Plänen Kenntnis erhalten sollten, ihnen mit aller Entschiedenheit entgegenwirken. Wer sich an verfassungswidrigen Unternehmungen beteiligt, für den ist in der Deutschnationalen Volkspartei kein Platz.

Der kampflustige „Vorwärts".

Berlin, 15. April. Der „Vorwärts" beschäftigt sich weiter mit der Putschgefahr und deren Abwehr und der Bezirksverband Groß-Berlin der sozialdemokratischen Partei fordert die Genossen auf, der Republik im Kampfe gegen ihre inneren Feinde gegebenenfalls mit der Waffe in der Hand zu dienen.

Der Herr von Frankfurt a. Main.

Frankfurt a. M., 15. April. Der Verein Frankfurter Presse hat wegen der Bestrafung zweier Mitglieder wegen Verbreitung angeblich falscher Nachrichten beim kommandierenden französischen General schriftlichen Protest eingelegt. Beide Unterzeichner des Protestes sind nunmehr vom General mit je 1000 Mark Buße belegt worden, weil sie in ihrem Schreiben es an Ehrerbietung hätten fehlen lassen. (!)

Nach der Beilegung des Konflikts.

Paris, 15. April. Lord Derby hat von seiner Regierung Weisung erhalten, am Donnerstag wieder an der Botschafterkonferenz teilzunehmen und sich an der Diskussion zu beteiligen, welche Gegenstände auch zur Beratung stehen mögen.

Der Papst in San Remo vertreten?

Mailand, 15. April. Der „Secolo" erfährt, daß der Papst sich auf der Konferenz von San Remo durch Monsignore Tedeschini vertreten lassen wird, der die Wünsche des Vatikans im Hinblick auf die endgültige Gestaltung des Türkischen Reiches mit Rücksicht auf die Katholiken in diesem Staate darlegen soll.

Verschärfter Belagerungszustand über Oppeln.

Oppeln, 15. April. Infolge der durch Erschießung des Eisenbahngüterverstehers Plaszek hervorgerufenen Zusammenstöße mit französischen Militär ist heute der verschärfte Belagerungszustand über Oppeln verhängt worden.

Die Krankheit der Kaiserin.

Berlin, 15. April. Von einer der Kaiserin sehr nahestehenden Stelle erfährt „Der Abend", daß das Befinden der Kaiserin vor einiger Zeit sehr unglücklich war, daß aber in den letzten Tagen wieder eine Besserung eingetreten ist.

Die Aktion gegen den Räuber Hölz.

Plauen, 15. April. In Jägersgrün wurden gestern Abend 120 Rotgardisten in zwei Eisenbahnwagen und ein Eisenbahnwagen mit Gewehren über Adorf nach Oelsnitz abtransportiert. In Klingenthal haben sich die Fabrikanten zur Bezahlung der Streikkasse bereiterklärt. Man hofft, daß die Arbeit heute wieder aufgenommen wird. Die Zahl der Gefangenen aus den Zusammenstößen südlich Rautenkranz hat sich auf 100 erhöht. Erbeutet wurden ein Maschinengewehr, 300 Gewehre und verschiedene Personenautos. Hölz ist angeblich in Frauenkleidung entkommen. Lautersdorf und Umgegend und Ernstthal wurden heute kampflos besetzt. Ueber die Amtshauptmannschaft Glauchau wurde der Ausnahmezustand verhängt. Es hat sich ein neues Brandkomitee gebildet. Ein neugegründeter Bürgerausschuß organisiert eine bewaffnete Abwehr gegen den roten Terror. In Zwickau waren die Arbeiterräte mit 137 Stimmen gegen 31 Stimmen für den Generalstreik. Eine Urabstimmung in den Betrieben ergab 23 000 für und 3000 gegen den Streik.

Hölz besorgt sich Reisepässe.

Prag, 15. April. Bevor Hölz aus Klingenthal zurückzog, zwang er das Gemeindeamt, ihm einen Reisepaß mit falschem Namen auszustellen, ebenso seinen Adjutanten Gebhardt aus Chemnitz.

Rotterdamsarbeiten für Deutschland.

Amsterdam, 15. April. Wie die Blätter melden, haben alle Gewerkschaftsgruppen der streikenden Rotterdamer Arbeiter den Beschluß, die für Deutschland bestimmten Lebensmittel zu löschen, gebilligt.

Lettlands Friedensbedingungen für Rußland.

Kowno, 15. April. Die Friedensbedingungen Lettlands gegenüber Sowjet-Rußland bestehen in folgenden Forderungen: Strategische Garantien, eine Kriegsentschädigung von 2 Milliarden in Gold, Zurückgabe des weggeführten Eisenbahnmaterials, der Maschinen sowie des Eigentums der Banken, ferner eine weitere Entschädigung von 1 Milliarde Rubel in Gold. Außerdem verlangt Lettland einen Anteil an dem russischen Goldbestand.

Kemal Pascha, Herr von Anatolien.

Paris, 15. April. Nach einer „Times"-Meldung aus Konstantinopel hat sich Mustapha Kemal Pascha zum Großwesier einer neuen Regierung in Anatolien ausgerufen; er übernimmt das Kriegsministerium. Die Bolschewisten sollen ein Abkommen mit ihm getroffen haben.

Maifeiertag in Frankreich?

Paris, 15. April. Der Kammer ist ein Antrag des Abg. Herold zugegangen, den ersten Mai zum gesetzlichen Feiertag der Arbeiter zu erklären.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200416-14/fragment/page=0003

Achtung! Achtung!

Kriegshinterbliebene.

Die Inhaber von Anteilscheinen der Sächsischen Kriegsversicherung a. G. 1914, welche infolge des Todes der versicherten Kriegsteilnehmer Anspruch auf Zahlung der Versicherungssumme gemäß § 4 der Versicherungsbedingungen erheben, werden ersucht, die geldlichen Anteilscheine mit der standesamtlichen Sterbeurkunde an den Unterzeichneten unverzüglich einzureichen, sofern dieses noch nicht geschehen sein sollte. Für Kriegsteilnehmer, die bereits für tot erklärt sind, ist anstelle der Sterbeurkunde die gerichtliche Todeserklärung vorzulegen. Vermißte, die noch nicht für tot erklärt sind, müssen gleichfalls angemeldet werden.

Ansprüche, die nicht

spätestens bis zum 10. Mai 1920

unter Einreichung der vorerwähnten Unterlagen angemeldet werden, können nicht berücksichtigt werden.

Merseburg, im Februar 1920.

Der Landeshauptmann der Provinz Sachsen.

Merseburg, den 11. März 1920.

Der kommissarische Landrat.

---

184 **Kleinhandelshöchstpreise für Margarine.**

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1920 — Nr. 51 des Amtlichen Anzeigers — wird der Preis für Margarine im Kleinhandel für Merseburg—Land für das Pfund auf 18.— Mark festgesetzt.

Die Preisänderung tritt sofort in Kraft.

Merseburg, den 12. April 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

---

185 **Kleinhandelshöchstpreise für Butter.**

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 30. Januar 1920 — Nr. 55 des Amtlichen Anzeigers — wird der Preis für Molkerei- und Landbutter im Kleinhandel für Merseburg—Land für das Pfund auf 14,50 Mark festgesetzt.

Die Preisänderung tritt sofort in Kraft.

Merseburg, den 12. April 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Fleischverkauf auf der Freibank
findet am 16. April 1920

vorm. von 8—9	Uhr auf die Nummern	876—775
„ „ 9—10	„ „ „	776—875
„ „ 10—11	„ „ „	876—950

Merseburg, den 15. April 1920.
Nachf. I. 380/20. Das städtische Lebensmittelamt.

Städtische Kleiderstelle.

Es steht noch ein Posten Militär-Mäntel und Militär-Unterhosen, auch als Straßenhose oder Arbeitshose geeignet, zur Verfügung.

Personen, welche bisher mit vorbezeichneten Kleidungsstücken noch nicht berücksichtigt wurden, können sich in der Zeit von Donnerstag, den 15. bis Sonnabend, den 17. April 1920 im städtischen Wohlfahrtsamt, Rathaus 1 Treppe, Zimmer 8/9 melden. Lebensmittelheft ist als Ausweis mitzubringen.

Merseburg, den 13. April 1920.
Nr. 79/20. Der Magistrat.

Nähmaschinen
werden schnell u. gut repariert bei L. Albrecht, Halleschestr. 10b.

Auslandsspeisekartoffeln.

Von Freitag, den 16. April 1920 ab werden auf die Kartoffelmarken für die 3 Wochen vom 11. April bis einschließl. 1. Mai 1920 auf den Kopf und die Woche 5 Pfund Kartoffeln zum Preise von 45 Pfg. für das Pfund verabfolgt.

Merseburg, den 14. April 1920.
Das städt. Lebensmittelamt.
L.-A. II. 859/20.

Höchstpreis für Auslands-Speisekartoffeln.

Der Kleinhandelshöchstpreis für Auslandsspeisekartoffeln wird mit sofortiger Wirkung auf 45 Pfennig das Pfund ab Lager des Händlers festgesetzt.

Merseburg, den 14. April 1920.
L.-A. II. 868/20. Der Magistrat.

Erstklassige **Auto-** typen **Holz-** schnitte **Strich-** ätzungen Galvanos usw. liefert am schnellsten sauber u. preiswert für die **Klischee-Fabrik** Adolf Müller Halle a. S. Königstr. Fernruf 5945.

Wer Siedler ist oder werden will

lese die Wochenschrift **Deutscher Klein-Siedler**
Probenummern umsonst vom **Klein-Siedler-Verlag** Ochsenfurt a. Main.

Theodor Lühr, Halle a. S., Leipziger Str. 94. : Telefon 6198. :

Zeitgemäße Korbmöbel, Kinderwagen, starke Leiterwagen u. Korbwaren **aller Art.**

Gute Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Gen. Gläubiger des verstorb. Schlossermstr. Sippel hier, werden erf. ihre Forder. bei mir anzumelden.
Erlecke, Notar.

Zur Beachtung!

Ich mache hiermit nochmals auf die morgen im Thür. Hof hier stattfindende Möbelauktion aufmerksam.

Albert Franke, Auktionator.

Rhabarber
— täglich frisch geerntet —
Runkelrüben
Gemüsepflanzen
aller Art empfiehlt
Trebst, Gärtnerei
Fernruf 10.

Lebensmittel-
Preisliste versenden portofrei
Holsatiawerke, Nortorf i. H.

Prima Fettheringe
feinste delikate Norweger
Postfäßch. ca. 60—70 Stck. ℳ 38,85
Rollmöpse Dose ca. 50 Stck. ℳ 36,60 Anchovis Dose ca. 7 Pfd. ℳ 26,60, frei Nachnahme.
A. Grosse, Charlottenburg 4, Krummestraße 27.

Kluge **Frauen** gebrauchen bei Regel-Störungen und Stockungen nur mein anerkannt wirksames Mittel, vollkommen unschädlich. Garantie. Erfolg in 3—4 Tagen. Ohne Berufsstörung. Wenden Sie sich vertrauensvoll an A. Schlotz, Hamburg 1, Ausgabe. Teilen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben. Auch Sie werden wir dankbar sein.
Diskreter Versand.

1000 Fahrradmäntel
Friedensqualität Stck. 135.— 145.—,
Gebirgsreifen 155.—,
Neue Schläuche 42.50, 45.— und 50.— ℳ.
Regenhardt, Siegfriedstr. 9. Berlin-Lichtenberg 70.

Pianinos
erster Marken
noch besonders billig und preiswert verkauft
Albert Hoffmann
Halle a. S.
— am Riebeckplatz. —
Große Auswahl in Harmonium.

Angebot.
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
Zirka 150 Zimmer in einfacher bis ganz feiner Ausführung,
Möbelfabrik
Albert Martick nachf.
Inh. Richard Kämmer
Halle S., Alter Markt 8

Vereinigte Theater.

Kammerlichtspiele. **Modernes Theater.**

Kl. Ritterstraße Nr. 3 :—: Telephon 529 :—: Gr. Ritterstraße Nr. 1

Prinzeßchen!
Filmschauspiel in 4 Akten.
In der Hauptrolle Lotte Neumann.

Das Medaillon der Lady Sington
Ein Filmspiel in 5 Akten mit
Aly Kollberg.

Wetterleuchten um Mitternacht!
Eine seltsame Begebenheit in 5 Akten mit
Klara Wieth und Aaga Fönß.

Die Fee v. Saint Menard!
Filmschauspiel in 4 Akten mit Eva Play.

Hierzu prächtige Einlagen!

Anfang: 5 Uhr wochentags, 3 Uhr Sonntags
mit durchgehendem Programm!

Preiswerte
Anzugstoffe
in guten reinwollenen Qualitäten
eingetroffen bei
Otto Dobkowitz.

Gotthardtstrasse 42.
Tapeten
verkauft
E. Bernhardt,
Tapezierermeister u. Dekorateur.
I. Etage

Ein Versuch

wird Ihnen zeigen, daß Sie mit einer Insertion im »Merseburger Tageblatt« Erfolg haben. Eine gute Zeitungs-Reklame bringt stets Erfolg. Auf Wunsch Vertreterbesuch zwecks genauer Besprechung. Fernruf 100.

Ein Transport von 100 Stück
erstklassige
Schaflämmer
ist bei mir eingetroffen und stehen dieselben einzeln zu soliden Preisen bei mir zum Verkauf.
L. Nürnberger
Merseburg, Hallesche Straße 10/13 Telephn. 28.

Geschlechtskranke!
Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren.
Harnröhrenleiden, frischer und veralteter Ausfluß, Heilung in kurzer Zeit ohne Höllenstein und schwere Einspritzungen. **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Schmerzen, Quecksilber und schmerzhafte Einspritzungen. **Hannesschwäche,** schnelle wirksame Kur ohne Berufsstörung. Über jede d. beiden Krankheiten ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit photo. Abb. Gutachten u. hunderten freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung gegen 1 Mk. für Porto und Spesen in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin C. 77
Potsdamer Strasse 123 b. Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11 Uhr.
Genaue Angabe d. Leidens erforderl., damit richtige Broschüre gesandt werden kann.

Leichte Beschäftigung, saubere Arbeit für freie Stunden im Hause. Geschäftch. wird evtl. einger. Angebote mit Rückporto erbeten an P. Landscheid, Gelsenkirchen.

Stadttheater Halle
Freitag, abends 7 Uhr: **Der Wildschütz.**
Sonnabend, abds. 7 Uhr: **Konzert.**

Fernruf **100.**
Merken Sie sich diese Nummer u. wenn Sie einen Anzeigenauftrag für eine beliebige Zeitung od. Zeitschrift zu vergeben haben. **Kostenlose** Auskunftserteilung sowie Annahme von Inseraten zu Originalpreisen erfolgt durch die Anzeigen-Expedition
Haasenstein & Vogler A.-G.
Agentur Merseburg: »Verlag des Merseburger Tageblatt«.

Jagdhund
in Meuschauer Flur entlaufen. Gegen Belohnung abzugeb. bei
Sachse, Jagdhüter
Sand 30.

Lokomobile
fahrbar, 8—12 PS, vorzüglich durchrepariert, garantiert betriebsfähig, sofort lieferbar, abzugeben
Drescher & Co., G. m. b. H.
Halle a. S., Landwehrstr. 2

Meerschweinchen
zu kaufen gesucht. Angebote an
Dr. Volmer,
stellv. Kreistierarzt
Gotthardtstraße 35 I.

Das Zahnpulver
Die Zahnpasta
Die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftl. Grundlage nach Zahnarzt Paul Bahr.
Man verlange ausdrücklich **No. 23**
In Merseburg in den Drogerien **R. Kupper,** u. H. Weniger.

Zuverlässiger, fleißiger u. ehrlicher Gärtner, 37 J. alt, ledig, mit sehr guten Zeugnissen u. Kenntnissen, guter Gesinnung — auch großes Interesse an der Landwirtschaft — sucht z. 15. Mai selbständige Stellung bei guter Verpflegung. Gefl. Off. erb. unt **Nr. 4 „O. T."** postlagernd **Kranichfeld.**

Dienstmädchen erhält,
wer die Anzeigen-Zeitung Laucha zur Insertion benutzt.

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hanns Log. Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Balz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200416-14/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 78 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 16. April 1920.

Deutsche Nationalversammlung.

Der Unabhängige Braß des Landesverrats überführt.

In der gestrigen Sitzung wurde die Besprechung der Regierungserklärung fortgesetzt.

Abg. Breitscheid (U. Sz): In Deutschland übt der deutsche Militarismus noch immer seine Macht aus. Die Kämpfe im Westen sind die Folge des reaktionären Treibens der Militaristen und Kappisten. Einzelne Zeitungen sehen ihren Beruf darin, dauernd Schauernachrichten zu verbreiten. Redner bespricht dann die Vorgänge im Ruhrgebiet und bringt Beschwerden gegen die Reichswehr vor.

Reichsministerpräsident Giesberts: Ausschreitungen auf beiden Seiten verurteilen auch wir. Nach den Bielefelder Bestimmungen hatte die rote Armee kein Kampfziel mehr. Der Kappusch war erledigt. Restlose Abgabe der Waffen ist nötig. Wir müssen eine Kontrolle der Bevölkerung haben, nicht auf Grund politischer oder krimineller Gesichtspunkte, sondern auf Grund ihrer Betätigung. Hätte das Industriegebiet sich ruhig verhalten, wäre der Kappusch viel schneller erledigt worden. Das Reich muß zusammengehalten werden. Die Besetzung von Frankfurt und Darmstadt beweist, daß die Auseinandertreibung Deutschlands Frankreichs Ziel bleibt.

Reichswehrminister Geßler:

Trotz wiederholter Aufforderung hat uns Braß sein Material vorher nicht übergeben. Wie sollen wir da durchreisen? Wenn wir die Reichswehr wieder aufbauen wollen, muß man ihr auch das gleiche Recht wie allen übrigen Staatsbürgern zubilligen. Reformiert werden muß der Nachrichtendienst. Im Nachrichtendienst laufen gemeingefährliche Elemente herum. Wer im Ruhrgebiet sagt, lieber die Senegalneger als die Reichswehr zu sehen, kann doch nicht einen Tropfen deutschen Blutes in den Adern haben. (Beifall.) Zahlreiche Unabhängige haben doch die Notwendigkeit des Eingreifens der Reichswehr anerkannt. Aber in einem Telegramm des Oberpräsidenten in Koblenz vom 10. April heißt es:

„Der unabhängige Sozialdemokrat Braß aus Remscheid, die Kommunisten Klose, Ernst und Walter, Ultuphausen, sind vorgestern Abend unter Führung eines französischen Offiziers (Lebhaftes Hört, hört!) bei der Rheinlandkommission erschienen und haben angegeben, daß die Truppen in der neutralen Zone des Ruhrreviers nicht 18 000, sondern 80 000 Mann betragen. (Stürmische Pfuirufe b. d. Mehrheit. Rufe rechts: Raus mit dem Lumpen!) Eingreifen der Reichswehr sei überflüssig gewesen. Richtigstellung bei amerikanischer Vertretung der Rheinlandkommission von unserer Seite erfolgt."

Wenn wir uns wundern über die falschen Informationen der Entente, so habe ich hier folgendes Telegramm aus Paris:

Heutiges „Journal" bringt Interview mit Unabhängigen Braß M. d. R. aus dem Hauptquartier der Ruhrarbeiter. Er erklärt, Dokumente zu besitzen, daß im Augenblick des Kapp-Putsches ein Freikorps Lichtschlag-Lüttow-Schulz entgegen dem Friedensvertrage im Ruhrrevier anwesend gewesen sei. (Pfuirufe rechts.) Und nun das Schlimmste: „Braß händigte dem Interviewer bestimmte Dokumente aus, um General Watters Einverständnis mit reaktionärem Putsch zu erweisen. (Stürmische Pfuirufe b. d. Mehrheit)."

Wem es mit einer Beruhigung bei uns ernst ist, der hat die Pflicht, alles Material der Regierung zu geben.

Die Waffenablieferung ist bis jetzt ganz ungenügend. Wer wünscht, daß wir nicht südlich der Ruhr einrücken, der sorge dafür, daß dort die Waffen abgeliefert werden. Die politischen Beamten sollen statt der zivilen die oberste Gewalt haben. Aber diese Oberpräsidenten usw. müssen dann auch die nötige Rollkutsche haben. Gegen Herrn Ehrhardt ist Haftbefehl erlassen. Wenn die Brigade Ehrhardt sich nicht fügt wird sie mit Gewalt aufgelöst werden. Die auf Gütern in Pommern sich noch befindenden Reste von Baltikumtruppen müssen auch weg. Wir müssen die Reichswehr aufbauen. Die Truppen erwarten von der Nationalversammlung ein Wort der Anerkennung. (Bravo!) Die Sicherheitswehr hat ebenso Anspruch auf Dank. Eine parlamentarische Kommission müßte zur Untersuchung der Greuel im Ruhrgebiet nach dort gehen. Unerhörte Greuel sind von der sogenannten roten Armee verübt worden.

Abg. Schwarzer (bayr. Vpt.): Frankreichs Haltung war nicht gerechtfertigt. Der Einmarsch der Reichswehr war absolute Notwendigkeit.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Dem Reichsjustizminister fehlen wesentliche Voraussetzungen für sein Amt, das er gestern mißbraucht hat. Wir weisen seine Angriffe als unrichtig zurück. Der Reichsjustizminister hat die

Erklärung der Deutschen Volkspartei entstellt.

Von einer neuen Regierung haben auch demokratische Blätter gesprochen. Wo war da die alte Regierung? Unverantwortlich und leichtfertig war das Vorgehen des Herrn Ministers. Es war doch wohl selbstverständlich, daß die Verbrecher Kapp und Genossen einen Organisationsplan hatten. Ich kann auf Ehre und Gewissen versichern, daß meine Partei weder mittelbar noch unmittelbar etwas von dem ein Winkeladvokat, ist Vorgesetzter unseres Reichsgerichts. Wir Putsch gewußt hat. Und dieser Herr, der geredet hat wie stehen so gut auf dem Boden der Verfassung wie irgend einer. Unsere monarchistischen Ideen wollen wir nur auf rechtlichem Wege durch die Ueberzeugung verbreiten. (Beifall rechts. Zischen bei der Mehrheit.)

Reichsjustizminister Blunck hält seine Angriffe gegen die Deutsche Volkspartei unter stürmischem Widerspruch der Rechten aufrecht. Sie tragen mit die Verantwortung an dem Kappschen Hochverrat. Im Fall Braß kommt Hochverrat nicht in Frage, wohl aber nach meiner Ueberzeugung Landesverrat. Er werde noch heute dem

Oberreichsanwalt die beiden Schriftstücke übermitteln

und ihn mit den nötigen Schritten beauftragen.

Abg. Braß (U. S.): Eine Rücksprache zwischen mir und der Rheinlandkommission hat am 7. April stattgefunden. Es wurde davon gesprochen, was mit den vielen Flüchtlingen geschehen solle, die in das besetzte Gebiet übertreten. Wie wir hörten, sollen sie interniert werden.

Damit schließt die Besprechung. Der Notetat wird an den Haushaltsausschuß verwiesen. Das Reichsheimstättengesetz wird dem 24. Ausschuß verwiesen. Donnerstag: Rest der heutigen Tagesordnung.

Politische Rundschau

Reichseisenbahn und Verkehrsreformen.

In einer auf Einladung des Reichsverkehrsministeriums abgehaltenen Besprechung von Vertretern von Wirtschaft und Technik und der Angestelltenverbände der Verkehrsverwaltung über die Gründung einer verkehrspolitischen Arbeitsgemeinschaft wurde von Regierungsseite dargelegt, daß angesichts des wirtschaftlichen und technischen Notstandes der deutschen Eisenbahnen die Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich von der Durchführung eines großzügigen Reformprogramms begleitet sein müsse. Seine Hauptpunkte könnten folgendermaßen zusammengefaßt werden: Hebung der Leistungen des Personals, Hebung der Leistungsfähigkeit des Apparates und Regelung der Finanzen. Zur Erfüllung des ersten Programmpunktes sei Herstellung eines dauernden Vertrauensverhältnisses zwischen Verwaltung und Personal und die Selbstreinigung des Personals von unsozialen Elementen erforderlich. Es sei ein Lohnsystem einzuführen, das die Hebung der Leistung fördert.

Die Zuteilung von Produktionsanteilen in irgendeiner Form zur Erzielung höherer Leistungen werde geprüft. Die Hebung der Leistungsfähigkeit des technischen Apparates bedinge den Wiederaufbau der eigentlichen Anlagen, Neuausstattung des Fuhrparkes und Verbesserung der Betriebsführung, insbesondere ist auf bessere Ausgestaltung der Betriebsmittel zur Beschleunigung der Be- und Entladung der Wagen Bedacht zu nehmen. Die Benützer der Verkehrsanstalten müßten dazu erzogen werden, die Anlagen nach rationellsten Gesichtspunkten zu benützen.

Bezüglich der Organisation der Verwaltung lehnt die Reichseisenbahnverwaltung die Einführung von Generaldirektoren ab und will das bewährte preußische Direktionssystem beibehalten.

Der Wechsel im Auswärtigen Amt.

Der Reichskanzler Müller verabschiedete sich am Dienstag von den Beamten des Auswärtigen Amtes. Gleichzeitig stellte er den neuen Minister des Aeußern Dr. Köster vor, und führte ihn in sein Amt ein.

Die Bestimmungen im Reichswahlgesetz.

Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung wurde in der Einzelbesprechung des Reichswahlgesetzes in prinzipieller Abstimmung der Grundsatz angenommen, daß die Reststimmen erst auf Nachbarschaftskreise und der erst dann verbleibende Rest auf die Reichsliste übertragen werden soll; ferner, daß bei der Reichsliste und auch bei den Verbandskreisen Beschränkungen gegenüber den kleinen Gruppen vorgenommen werden sollen.

Ein Wechsel der Weltsympathie.

Der finanzielle Mitarbeiter der „Nieuwe Courant" stellt die Tatsache fest, daß der Markkurs andauernd steigt, während der Frank fällt. Er weist darauf hin, daß die Ausweise der Reichsbank wesentlich schlechter geworden sind und also ein sachlicher Grund für dieses Steigen nicht vorhanden ist. Die Weltsympathien wenden sich Deutschland zu und wenden sich von Frankreich ab, so daß für die wirtschaftlichen Aussichten dieser beiden Länder das Gelten der Mark eine deutlichere Sprache spricht als alle Leitartikel, Noten und Ministerreden.

„Kein Friede, solange das heutige Frankreich besteht."

In einem Leitartikel verurteilt das Kopenhagener „Extrablatt" aufs schärfste das Vorgehen Frankreichs im Rheinland und schreibt u. a.:

Was bedeutet die Ruhrangelegenheit? Sie beweist, daß es unmöglich ist, den Frieden aufrechtzuerhalten, solange das heutige Frankreich besteht. Der Krieg wird fortgesetzt, solange die französische Politik, die jetzt die Macht hat, fortgesetzt wird. Frankreich will keinen Frieden, sondern Krieg. Ueber die Kurzsichtigkeit dieser Politik besteht in der ganzen übrigen Welt nur eine Meinung, in erster Linie bei den Bundesgenossen Frankreichs. Wenn diese Politik fortgesetzt wird, muß sie zu einer Sprengung der Entente führen. Die übrige Welt kann sich auf die Dauer nicht in das Unglück fügen, daß die allein von nationalem Haß und Deutschenfurcht geführte Politik Frankreichs gewinnt ist, hervorzurufen. Mit Recht macht man in Italien darauf aufmerksam, daß Frankreichs militärisches Eingreifen in Deutschland nicht nur nicht notwendig war, sondern direkt auch schädlich. Solange in Deutschland kein Friede ist, solange gibt es auch in Europa keinen Frieden.

Schwere Erkrankung der früheren Kaiserin.

Die ehemalige Deutsche Kaiserin ist, wie wir der „Deutschen Allg. Ztg." entnehmen, so schwer erkrankt, daß mit ihrem Ableben gerechnet werden muß. Ihre einzige Tochter, die Herzogin von Braunschweig, weilt am Krankenlager.

Ein polnischer Putsch in Sicht?

Wie der „Breslauer Ztg." aus Oberschlesien geschrieben wird, erhält sich in politisch sonst wohlunterrichteten dortigen Kreisen fortgesetzt das Gerücht, daß noch im Monat April von polnischer Seite ein Putsch geplant würde. Es sind genügend Anzeichen vorhanden, die in Oberschlesien dem Deutschtum als ernste Warnung dienen müßten, in jeder Hinsicht auf der Hut zu sein. Unter diesen Anzeichen ist in erster Linie die fieberhafte Werbetätigkeit in den polnischen Sokolvereinen Oberschlesiens zu nennen. Die fortgesetzten

---

Im Zuge der Not.

Roman von E. Dressel.

(Nachdruck verboten.)

27)

kurz vor der Kreuzung überraschte ihn als weiteres Anteilzeichen ein mit Harald Brügge gezeichnetes Telegramm. Es lautete:

„Wir bedauern Ihren Unfall sehr — hoffentlich kommen Sie bald zurück. Ich bekam ein süßes Pony, werde mit Mama reiten. Sie müssen auch dabei sein. Wir haben so schönes Frühlingswetter. Die Eltern grüßen und Harald Brügge."

Merkwürdig, diese liebenswürdigen Worte freuten ihn lange nicht so, wie Suses naives Briefchen. Er ahnte den andern Geist, der sie geplant, und es schien ihm wieder, als sei das kein guter, vielmehr ein Geist der Verneinung, der ihm das Zukunftsprogramm zu verwirren drohte.

Das hatte schon vordem in Gegenwart der schönen eleganten Frau immer leicht andere Dimensionen und Paragraphen angenommen, als er sie in dem bescheidenen Heim der Kronprinzenstraße festgesetzt.

Andererseits, wenn er an das Reiten dachte, war er ihr fast dankbar, daß sie anscheinend die frühere Verabredung nicht fallen lassen wollte, und auch wohl der Chef die Einwilligung nicht zurücknahm. Die vorübergehende Entfremdung war beseitigt, er vergönnte ihm wieder die Sportfreude.

Ach, und Bolkrad war nun mal solch ein Pferdenarr. Ehedem verging ihm kaum ein Tag ohne einen frischen fröhlichen Ritt. Ein Säkulum war's her. Aber er wußte noch genau, wie herrlich es sei, auf schnellem Roß durch blaue Lenzweiten zu stürmen, die überschüssige Kraft auskosen zu dürfen in gesunder Meisterleistung und willenstark über eine andere Kraft zu siegen.

Ueberhaupt, nach dem kleinen Aderlaß und der längeren Ruhe fühlte er sich frischer, lebensmutiger denn je. Dazu sputte ihm der Frühling im Blut mit aller fehnsuchtsvollen Unrast, die den jungen Menschen in dieser wunderbaren Werdezeit bedrängen mag. Gab es da einen gesunderen wohltuenderen Ausgleich zur herzenswallungen als körperliche Sportbewegung?

Um dieser Aussicht willen wies er die argwöhnischen Bedenken zurück und fand schließlich auch in dem kurzen Telegramm des kleinen Harald eine Freude.

* * *

Also Lothar hatte das schwierige Examen nicht nur soeben, sondern gut bestanden, er durfte sich Assessor nennen. Ob er Karriere machte, Präsident, Minister wurde, oder als Amtsrichter in irgendeinem Winkelstädtchen ein bequemes, aber eingeengtes Dasein ruhmlos beschloß?

Jella Brügge sah gedankenvoll auf ihres Bruders Brief, der ihr das Ergebnis gemeldet.

Es würde wohl beim Amtsrichter bleiben, trotz seiner nicht geringen Begabung und des alten Namens. Zum Aufstieg gehören vor allem wertvolle Beziehungen. Die hatten sie nicht in Berlin, noch sonstwo. Ihr Vater hatte in Posen gestanden, war dort als Oberstleutnant gestorben und längst vergessen. Die lange Friedenszeit hatte ihm keine Gelegenheit zu besonderer Auszeichnung geboten, die müßlichen Verhältnisse aber, — er war ja nahe daran gewesen, schuldenhalber den unrühmlichen Abschied nehmen zu müssen — die hatten ihn schon bei Lebzeiten zu den Toten gestellt. Dank ihrer Heirat war Lothar Jurist geworden. Aber nicht alles läßt sich durch die Großmacht Geld erreichen. Bis an den grünen Tisch reichte wohl auch ihres Mannes goldene Hand nicht heran.

Indem war Lothar eigentlich in diesem Punkt, wollte sich höchstens bis zur Selbständigkeit stützen lassen. Wollte auf eigenen Füßen stehen, nun er eben gehen konnte. Lieber Gott, auf ein minimales Assessorgehalt suchen, nannte er selbständig sein.

Jella seufzte auf.

Ja, nach einigen Jahren kam der Amtsrichter und damit wieder es dann wohl zu Ende sein. Warum er nun nicht alles versucht hatte, um in Berlin anzukommen? Greiling, Hunderte mochten sich dazu drängen. Nach Insterburg ging er?

Und anzeigende nicht mal ungern, denn er schrieb ganz gehetzt: „Damit ist der erste Schritt getan, die ganze Klappe ist der Amtsrichter. Habe ich Glück, komme ich mal ans Landgericht, ganz obenan steht der Landgerichtspräsident. Der kann da werden, so gut wie jeder Mensch mal Papst sein kann. Natürlich, auch im glücklichsten Fall würde das Jahre und Jahre dauern, — dann ist die holde Annelise längst eine behäbige Familienmutter oder ein angesäuertes spätes Mädchen. Ach, Jella, dieser Verzicht auf sie will mir doch die prekäre Assessorwürde vergällen. Andererseits freilich erfüllt sie mich mit jener Genugtuung, die jedes erreichte Ziel gewährt. Hinterher hinkende Enttäuschungen stehen auf einem besonderen Blatt. Ich habe Dir aber schon gesagt, ich gehöre nicht zu den Himmelsstürmern. Es läßt sich auch in der Ebene gut wandern. Sie ist nicht aller Reize bar, auch sie treibt duftende Blüten. Es muß nicht just die Höhenrose sein, die des Mannes Herz erfreut.

Nur dem Wiedersehen mit dieser einzigen Annelise möchte ich fast aus dem Wege gehen. Sie kehrt nämlich dieser Tage aus Italien zurück mit den Fabers, die leider die junge Tochter verloren haben. Auch der Süden konnte dem zarten Mädchen nicht mehr helfen. Sie starb in Meran, die trostlosen Eltern führen nur die Leiche ihres Kindes heim. Fräulein Overlach wird nach der Bestattung vermutlich zu ihrer Mutter gehen, und weil ich auch eine mögliche Begegnung mit ihr in Stettin vermeiden will, komme ich vorläufig nicht, liebe Jella. Nimm mir das nicht übel, vertröste Dich mit mir auf das spätere Wiedersehen; im übrigen aber, Du verstehst mich, sei verständig, wie ich. Man kann eben nicht alles haben — Du weißt schon — —."

Aber in Jellas erglühendem Gesicht stand nichts von Resignation. Ihre Augen flammten zornig, und nun stand sie ungestüm auf, klingelte ihrem Mädchen und ließ sich zum Ausgehen ankleiden.

Nein, der Verzicht, in den Lothar sich hineinredete brauchte doch nicht so ohne weiteres bestehen bleiben. Annelise war klug und anziehend und mit ihrer Energie und Gewandtheit ganz die Frau, der Lothar bedurfte, nicht allein zu seines Herzens Befriedigung, sondern auch zu seinem sozialen Aufstieg, denn sie würde es verstehen, seinen Ehrgeiz anzuspornen, seine geistige Kraft auf das förderlichste Qui vive zu halten. Eine kluge Frau vermag, wenn nicht alles, so doch viel aus ihrem Mann zu machen, falls er selber ein wenig zu lauer Indolenz hinneigt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200416-14/fragment/page=0005

nacherhörten Beschimpfungen der Sicherheitswehr gewinnen erst ein richtiges Bild, wenn man sich vergegenwärtigt, daß dieser beispiellos hartnäckige Kampf des Polentums gegen die Sicherheitswehr Hand in Hand geht mit einem zielbewußten planmäßigen Ausbau der Sokols. Diese zum größten Teil militärisch ausgerüsteten und militärisch durchgebildeten Sokols sollen eben als Ersatz für die Sicherheitswehr den Kern einer neuen polnischen Polizeitruppe bilden, die allerdings bei der Inszenierung eines polnischen Putsches eine schwere Gefahr bilden würde.

„Edelmenschen."

Die Karfreitagsnummer der „Schöpfung", eines von der „Freien Arbeiterunion Elberfeld-Barmen" in der Druckerei der „Bergisch-Märkischen Zeitung" gewaltsam hergestellten Kommunistenorgans, enthält u. a. folgende „Beiträge":

Unsere neue Wahrheit.

Der Staatsanwalt — ein Biest. Ein gefährliches Untier ist der Staatsanwalt. Er ist wie ein angekurbelter Panzerwagen, der, durch eine gedankenlose Maschine getrieben, über alles hinwegmalmt. Er zermalmt Menschen unter sich, er zermalmt dem Säuglinge die Mutter, er reißt vom liebebungrigen Weibchen das Männchen und steckt es hinter Mauern. Er läßt dem kräftigen Leben den Hals abschaufrichtern, er tobt wie ein blindes Biest einher, zertrampelt, zermalmt, vernichtet und baut nichts auf. Nein, er baut nichts auf. Der Staatsanwalt vernichtet nur — der Staat vernichtet nur, er baut nicht auf.

Die Polizei — wird umgebracht.

Als die „echte" russische Revolution kam, würgten die fessellosen Russen ihre Wächter ab — sie schlachteten die ganze Polizei. Das war ein wonniges Schlachten. Denn selbst aus diesem großen Polizistenschlachten stieg die beginnende russische Menschenfreiheit auf. Hört, ihr Polizistenmeute! Wir merken uns das. Das nächste Mal zerschlagen wir eure Hundeköpfe auf dem Pflaster zu Breiß! Wir hassen Euch tödlich!

Seid Verbrecher! Wir, jeder, sind Gott.

Ein verrückter Staatspräsident.

Havas meldet aus Guatemala: Der Staatspräsident Cayrera hatte in einem Wahnanfall Befehl zur Beschießung der Hauptstadt gegeben, worauf es zwischen bewaffneten ruhestörenden Elementen und einer Gruppe von Patrioten, die die Achtung des Gesetzes verteidigten, zu einem Gefecht kam, welches trotz der Intervention des diplomatischen Korps sechzig Stunden dauerte. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht bekannt.

Bernstorff vor dem Untersuchungs-Ausschuß.

Von unserm Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat lange Monate nicht mehr getagt. Sein Vorsitzender Gothein, versuchte das bei der neuen Verhandlung des Ausschusses dahin zu entschuldigen, daß man zunächst das Aktenmaterial veröffentlicht sehen mußte, nicht nur in deutscher, sondern der Entstellungen wegen auch in englischer und französischer Sprache. Weshalb der Ausschuß nun plötzlich wieder einmal das Bedürfnis fand, gerade am Mittwoch eine Sitzung abzuhalten, in dieser Sitzung lediglich den früheren deutschen Botschafter in Washington, den Grafen Bernstorff zu vernehmen, und sich darauf wieder einmal auf unbestimmte Zeit zu vertagen, bleibt unerfindlich. Jedenfalls wollte dieser Ausschuß zeigen, daß er noch immer am Leben ist. Man hatte ihn, von dem man einige Zeit hindurch recht viel sprach, wirklich vergessen, und um so leichter vergessen, als sich inzwischen ja herausgestellt hat, daß er am wenigsten gegeben ist, ein klares Bild über die Kriegs-Ursachen und Friedenshindernisse zu schaffen. Die Vernehmung des Grafen Bernstorff wird selbst die, die so viel auf diesen autoritativen Ausschuß geben, enttäuscht haben. Bernstorff richtete die Spitze seiner Aussagen selbstverständlich gegen Ludendorff, aber was man von ihm wissen wollte, das bermochte er weder aufzuklären, noch seine Behauptung, daß Wilson der Friedensfreund war und nur durch den U-Boot-Krieg zum Kriege gezwungen wurde, zu begründen. Auch diesmal verstieg sich nämlich der Graf zu der Behauptung (und das Herz der U-Bootgegner schlug höher) Amerika wollte nicht den Krieg. Der U-Boot-Krieg erst hätte die Kriegsstimmung in Amerika entfacht und einen Umschwung zu Gunsten der Entente in Amerika gezeitigt. Aber Graf Bernstorff widersprach sich selbst: denn im selben Atemzuge erklärte er, daß die Vereinigten Staaten ein Interesse daran gehabt hätten, den Sieg Deutschlands zu verhindern. Es müßte eigentlich auch dem Grafen Bernstorff klar sein, daß in diesem Zugeständnis schon der Beweis liegt, daß Amerika nur auf einen Grund wartete, um den deutschen Sieg zu verhindern. Daß Deutschland mit dem U-Bootkrieg den Grund gab, ist eine andere Sache. Amerika hätte, was ja hinlänglich bekannt ist, sich andernfalls einen andern Grund gesucht, eben, um den deutschen Sieg zu verhindern. Statt Amerika muß man freilich immer nur an Wilson denken. Wilson ist die treibende Kraft gewesen. Er hat es verstanden, die Stimmung in Amerika zu beeinflussen, den Krieg gegen Deutschland zu machen.

Graf Bernstorff schwört auf Wilson. Er glaubt seine Ansichten und Absichten genau erkannt zu haben. Aber obwohl es seine Aufgabe und sein Recht war, sich bei Wilson über dessen Pläne persönlich Auskunft zu holen, hat er das (er gibt das zu) unterlassen, sondern sich auf Hörensagen verlassen und seinen Scharfblick. Mit dieser Aussage des Grafen wird daher der Ausschuß ebensowenig anzufangen wissen, wie mit den übrigen, die die Aussagen Ludendorffs und Hindenburgs zu vernichten versuchten. Es gab einmal Tage, da man von diesem Ausschuß und seiner Aufgabe viel Wesens machte. Heute läßt man diese Tagung unbeachtet. Der Sitzungssaal sah nur wenige Zuhörer und ebensowenige Presse-Vertreter.

Aus Stadt und Umgebung

Neuer Angestelltentarif?

* Der Kaufmännische Verein hatte seine Mitglieder und alle interessierten Arbeitgeber zu Mittwochabend nach Müllers Fremdenhof eingeladen, um sich darüber schlüssig zu werden, ob und in welcher Weise mit den Beauftragten der Angestelltenverbände über die Revision des gesündigten Gehältertarifs verhandelt werden solle. Herr Dobkowitz eröffnete die mäßig besuchte Versammlung mit der Mitteilung, daß in einer Vorbesprechung mit den Angestellten die Frage, in welcher Weise künftig nach Auflösung des Arbeitgeberverbandes ev. zu verhandeln sei, erörtert wurde und er sich bereit erklärt habe, als Vorsitzender des Kaufmännischen Vereins darin Klärung herbeizuführen. Aus der Versammlung heraus wurde betont, daß der Kaufmännische Verein an sich keinesfalls ein Mandat habe, Gehaltsfragen für Angestellte zu regeln; das solle ganz aus seinem Programm. Der Arbeitgeberverband sei im vorigen Jahre daran zerschellt, daß ihm sowohl industrielle, gewerbliche und kaufmännische Geschäftszweige mit grundverschiedenen Arbeitsbedingungen angehörten, daß sich ein Einheitstarif nicht aufstellen ließ. Auch seien namentlich zahlreiche industrielle und gewerbliche Betriebe hinsichtlich ihrer Angestellten an Reichstarife ihrer Arbeitgeberverbände gebunden, so daß für sie Ortstarife garnicht in Frage kämen. Es scheine, daß heute hier hauptsächlich die Angestellten der Detailisten in betracht kämen und es frage sich, ob den Angestelltenverbänden nicht empfohlen werden solle, besondere Kommissionen etwa für Lebensmittel- und Drogengeschäfte, für Textilwaren und für Metall- und Haushaltswaren zu bilden, um für ihre Branchen gesondert zu verhandeln. Im allgemeinen überwog die Neigung, in Verhandlungen einzutreten, um auf friedlichem Wege eine Verständigung zu suchen. Es wurden Ziffern über neuerliche Forderungen der Angestellten, z. B. aus Naumburg und Halle bekannt gegeben, von denen die ersteren als zur Verhandlungsgrundlage nicht ungeeignet bezeichnet wurden. Von einer Seite wurde mit Recht hervorgehoben, daß die gegenwärtige Preiskrise, die schon kolossale Ermäßigungen von Leder- und anderen Verbrauchsmaterialspreisen gebracht hätte, besondere Vorsicht erfordere und große Mehrforderungen in ihrer Berechtigung dadurch mindestens in Frage gestellt würden. Schließlich entschied sich die Versammlung mit überwiegender Mehrheit, daß aus den interessierten Detaillistenbranchen eine siebenköpfige Kommission gewählt würde, die sich zu Verhandlungen bereit erklären und einen Termin hierfür mit den Angestellten-Verbänden vereinbaren soll. Es wäre zu wünschen, daß beiderseits mit weitgehender Rücksichtnahme auf die beiderseitigen Bedürfnisse und Möglichkeiten vorgegangen wird, da nachgerade die Dinge auf dem wirtschaftlichen Gebiet einen Grad von Hochspannung erreicht haben, der die größte Delikatesse auf beiden Seiten verlangt, um ein schiedlich-friedliches Miteinander zwischen Arbeitgeber und Angestellten weiterhin zu ermöglichen.

Vom Lauchstedter Theaterverein.

* Der Lauchstedter Theaterverein hat seine letzte Aufführung im Goethe-Theater zu Pfingsten 1914 veranstaltet. Jetzt wurden wieder Verbindungen mit Ernst Hardt, dem neuen Generalintendanten des Weimaraner Theaters angeknüpft und es ist zu hoffen, daß sich im Herbst die Pforten des Goethe-Theaters wieder öffnen können und die so viel besuchten Aufführungen wieder aufgenommen werden. Der Vorstand des Vereins hat infolgen eine große Veränderung erfahren, als sein langjähriges, hochverdientes Mitglied Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Dr. Carl Robert aus Rücksicht auf sein hohes Alter aus ihm austrat. Zu seinem Nachfolger wurde Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Otto Kern in Halle einstimmig gewählt. Carl Robert, der geistige Leiter und Vater des Theatervereins, wurde an seinem 70. Geburtstage am 8. März dieses Jahres zum ersten Ehrenmitgliede des Vereins ernannt und ihm eine künstlerisch ausgeführte Adresse überreicht. Der Vorstand setzt sich jetzt zusammen aus dem Landeshauptmann der Provinz Sachsen Dr. h. c. Freiherrn von Wilmowski, Geh. Kommerzienrat Dr. Dr. h. c. Heinrich Lehmann und Geh. Regierungsrat Prof. Dr. O. Kern. Auch der Verwaltungsrat hat manche Veränderung erfahren. Zwei sehr verdiente Mitglieder sind während des Krieges verstorben: Prof. Dr. Kurt Fahn und Paul Schlenther. Andere traten aus, weil sie aus Halle oder Weimar verzogen waren. Der Verwaltungsrat besteht jetzt aus den Herren Prof. Dr. Hermann Albert, Geh. Hofrat Erich Bethe in Leipzig, Landesrat Bothe in Merseburg, Baumeister Gustav Wolff in Halle, Geh. Hofrat Förster in Leipzig, Generalintendant Ernst Hardt in Weimar, Dr. Fritz Lauterbach in Lauchstedt, Prof. Hans Liebmann in Jena, Professor Rahlwes, Geheimrat Robert, Gymnasialdirektor Schmidt und Geheimrat Strauch in Halle. Der Arbeitsausschuß, der die Aufführungen des Jahres 1920 vorbereiten soll, setzt sich zusammen aus den Herren Kern (als Vorsitzender), Robert, Lehmann, Förster, Hardt, Lauterbach, Rahlwes und Wolff.

Anmeldungen zum Beitritt zu dem Verein nimmt das Büro des Lauchstedter Theatervereins Halle, Gr. Steinstr. 19 stets entgegen.

Die deutschen Interessen in Columbien.

* Die Zentrale für Heimatdienst in Halle schreibt uns: Der deutsche Gesandte in Columbien weist die Mitgliedervereine der „Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen" auf die in Bogota erschienende, ausgesprochen deutschfreundl. Zeitung „Transocean" u. besonders darauf hin, daß es im deutschen Interesse liegt, sie nach Möglichkeit zu unterstützen. Insbesondere möge man auch die in Columbien interessierten Firmen auf das Blatt hinweisen. Die Zeitung vertritt auch nachdrücklich die Interessen der deutschen Einwanderer, unter anderem durch Veröffentlichung eines „Führers durch Columbien" in deutscher Sprache, vor allem aber durch die in ihren Geschäftsräumen eingerichtete „Arbeitsabteilung". Diese verzeichnet alle Anforderungen nach Arbeitskräften aus Gewerbe, Handel und Ackerbau, um den in kolumbischen Häfen eintreffenden deutschen Einwanderern die betreffende Arbeitsmöglichkeit nachzuweisen, gleichzeitig unter Angabe der näheren Vertragsbedingungen. Die Vermittlung des Stellennachweises erfolgt kostenlos. Adresse: Transocean, Departamento de trabajo Apartado Nr. 3 Bogota, Kolumbien, Südamerika.

Auskunft über Kriegsgefangene.

* Nach Mitteilung der britischen Regierung werden Nachfragen nach ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in britischer Hand in Zukunft von den britischen Behörden nicht mehr beantwortet werden. Abschriften der wöchentlich aufgestellten britischen Listen über Gefangennahme, Todesfälle, Ueberführungen in Lazarette usw. werden dem Zentral-Nachweise-Amt für Kriegsverluste und Kriegergräber, Berlin NW. 7, Dorothenstraße 48, zugehen, an das daher alle Anfragen in Sachen der bezeichneten Kriegsgefangenen zu richten sind.

Die Weserschiffahrts-Interessenten für die Südlinie.

* Die Freie Vereinigung der Weserschiffahrts-Interessenten faßte in ihrer am 6. April in Hannover stattgehabten 35. Vollversammlung einstimmig einen Beschluß, in dem es heißt, daß die Südlinie des Mittellandkanals den Vorzug verdient, da sie, ohne den Durchgangsverkehr merkbar zu beeinträchtigen, stärkere wasser-wirtschaftliche Vorteile bietet als die Mittellinie. Die Freie Vereinigung spricht sich daher für die Wahl der Südlinie aus. Der Weserwasserbeirat in Hannover hat in seiner am 7. April stattgehabten Sitzung sich mit 29 gegen 2 Stimmen mit Wärme für die Südlinie ausgesprochen.

Besserung im Eisenbahnverkehr.

* Die Betriebslage der Eisenbahn zeigt jetzt die Zeichen unverkennbarer Besserung. Das wird von amtlichen Stellen bestätigt. Der Sommerfahrplan wird eine wesentliche Zugvermehrung bringen. Zahlreiche Schnell- und Personenzüge und auch Bäderzüge wurden wieder eingelegt, so daß die Betriebszahl des Fahrplans von 35 Prozent auf mehr als 40 Prozent, wahrscheinlich auf 50 Prozent des Friedensdienstes steigen wird. Für den werktäglichen Verkehr ist der Zwang des Fahrtanrittes am Lösungsstage der Fahrkarte, ebenso wie die Rationierung der Fahrkarte vielfach aufgehoben. Die Fahrkarten gelten jetzt in vielen Beziehungen wieder vier Tage und können im Voraus gelöst werden. Für den Sonntagsverkehr sind gleichfalls Erleichterungen zu erwarten. Die Pünktlichkeit im Zugverkehr hat wesentlich zugenommen. Die Kohlenversorgung der Eisenbahn befriedigt zwar noch immer nicht, aber sie ist jetzt wenigstens so weit gediehen, daß für einige Tage Vorrat im allgemeinen vorhanden ist. Auch im Werkstattdienst scheine sich eine Besserung anzubahnen, doch müsse man hier die weitere Entwicklung abwarten.

Erhöhung der Entschädigung für verlorene Pakete.

* Die Postbehörde hat nunmehr den Betrag für abhandengekommene Pakete von höchstens 3 M. für das Pfund, den gesetzgerten Preisen für Lebensmittel und Gebrauchsartikel entsprechend, auf 10 Mark für das Pfund erhöht. Man hofft, daß daraufhin der Wertpaketverkehr erheblich zurückgehen wird.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Der Braunkohlenmarkt im März.

Im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war die Beschäftigung in der ersten Hälfte des Monats März durchaus befriedigend und zeigte gegenüber dem Vormonat und dem März des Vorjahres eine erfreuliche Besserung. In der zweiten Monatshälfte setzte der aus Anlaß des Kapp-Lüttwitz-Putsches proklamierte Generalstreik und anschließend daran der Streik auf Betreiben linksstehender Gruppen ein, welcher die Erzeugung wiederum bedeutend zurückwarf. Die Dauer der gesamten Arbeitsruhe war auf den einzelnen Braunkohlengruben verschieden und schwankte zwischen 1—13 Tagen. Der hierdurch hervorgerufene Produktionsausfall liegt für die meisten Gruben zwischen 20 und 50 Prozent.

Das Arbeitergangebot hielt sich in der ersten Monatshälfte in den üblichen Grenzen der letzten Monate, d. h., es fehlte an gelernten Tiefbauhäuern und geschultem Baggerpersonal. Nach dem Streik trat örtlich ein empfindlicher Arbeitermangel auf, weil die in den Baracken untergebrachten Beraßente wegen der Unruhen in großem Umfange in ihre Heimat abgewandert waren. Auf vielen Gruben konnte diese Lücke bis zum Monatsschluß noch nicht wieder ausgefüllt werden. Lohnerhöhungen fanden im Berichtsmonat lediglich im bayrischen Braunkohlenbergbau statt. Der für dieses Gebiet abgeschlossene neue Tarif läuft vom 1. März d. Js. ab. Für die mitteldeutschen Kernreviere Halle, Magdeburg, Anhalt, Bitterfeld und Borna wurde am 31. März der neue Angestelltentarif abgeschlossen.

Die Wagenstellungsverhältnisse erfuhren in der ersten Monatshälfte gegenüber den bereits sehr schlecht bedachten Vormonaten noch eine unerhörte Verschlechterung. Am 11. März wurden im Eisenbahndirektionsbezirk Halle nur 3280 Wagen gestellt und 6756 nicht gestellt. Die Förderung mußte unter diesen Umständen natürlich im großen Umfange auf Halden gestürzt werden. Wo dieses Mittel versagte, blieb nichts anderes übrig, als die Schicht zu verkürzen oder ganze Feierschichten einzulegen. Wenn sich an den Streik anschließenden Revolten im Ruhrgebiet änderte sich im mitteldeutschen Revier das Wagenstellungsbild nach erfolgter Arbeitsniederlegung nahme von Grund auf. Die Werke bekamen Leermaterial in gewünschtem Umfange zugestellt und konnten deshalb flott fördern. Ueberarbeit war in diesen Fällen erforderlich, wurde aber nur ausnahmsweise geleistet.

Turnen, Spiel und Sport

Leichtathletik. — Die Deutsche Sportbehörde gibt in einer Bekanntmachung folgende geänderte und neue Termine bekannt:

Terminenbeniumm. (Liste 3). 2. Mai: Sportklub-Apolda: Sportfest. — 13. Juni: Verein für Leibesübungen-Hannover: Frauensportfest. Sportvereinigung-Münder (Deister): Sportfest. — Fußballverein-Frankenthal: Sportfest. — 27. Juni: Hannoverscher Sportklub von 96: Sportfest. — 11. Juli: Stralsunder Sportklub: Sportfest. — 18. Juli: S. C. Olympia-Hameln: Sportfest. Harburger Turnrat: Sportfest. — 25. Juli: Verein für Bewegungsspiele-Lehe: Sportfest. — 22. August: Turnklub-Hannover: Sportfest.

Das für den 25. Juli beim Frankfurter Fußballverein genehmigte internationale Sportfest ist zurückgezogen.

Terminverlegungen. Es sind verlegt auf: 6. Juni: Nationales Sportfest der Leichtathletik-Abteilung T. V. Jahn von 1877-Magdeburg (bisher 20. Juni). — 4. Juli: Internationales Sportfest des Sportklubs Preußen-Duisburg (bisher 11. Juli). Nat. Sportfest des S. C. Marathon-Leipzig (bisher 18. Juli). — 11. Juli: Nat. Sportfest des Vereins für Leibesübungen, Halle (bisher 4. Juli). — 8. August: Nat. Sportfest des Vereins für Leichtathletik-Hamburg (bisher 22. August).

Modell-Wettfliegen. — Zu dem am Sonntag, den 25. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, auf den Brandbergen stattfindenden Modell-Wettfliegen des „Flugtechnischen Vereins zu Halle a. S." wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Anmeldungen zur Teilnahme bis Sonntag, den 18. April bei der Ortsgruppe Merseburg (Herrn Kummer-Pohlenz, Dammstraße 21) zu erfolgen haben. Nähere Auskunft erteilt daselbst die Geschäftsstelle.

Gewinn-Auszug
der
15. Preuß.-Südd. (241. Preuß.) Klassen-Lotterie

4. Klasse. 2. Ziehungstag. 14. April 1920.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 192 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 20000 M 10039
2 Gewinne zu 5000 M 179836
2 Gewinne zu 3000 M 77892 94726 114710
14 Gewinne zu 1000 M 23601 45071 47487 152215 169069 177811 183645
22 Gewinne zu 500 M 13142 16300 49909 49711 115063 128837 171243 186798 210527 218542 223616
56 Gewinne zu 400 M 4135 10519 23327 25381 30046 41364 50221 67024 75868 81793 85215 91044 96909 100854 101347 107173 107217 109595 112616 113623 114047 123309 132487 144369 145147 145869 171284 172994 182103 187472 203997 218835 221124

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 192 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 100000 M 33041
2 Gewinne zu 50000 M 143879
2 Gewinne zu 40000 M 146328
2 Gewinne zu 10000 M 160809
2 Gewinne zu 3000 M 99862
16 Gewinne zu 1000 M 6109 6114 24064 51437 57192 68303 105503 132199
34 Gewinne zu 500 M 6076 6316 33879 99381 110206 127760 131885 135327 140458 160899 168937 176556 180610 186214 201881 203641 228424
82 Gewinne zu 400 M 5853 5967 9783 12297 15097 17773 22188 81993 88194 49934 52253 60159 62742 67359 68279 72960 76127 98234 102138 109622 123567 126754 129881 134659 138386 139836 142999 144698 147337 151746 160292 173720 174702 182153 185927 186517 198629 200387 206924 210347 224738

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200416-14/fragment/page=0006